

Politicum

Das Magazin der Fachschaft
Politik und Soziologie



Standort Bonn -
mehr als nur Uni?

Liebe Leser,



willkommen zur Winterausgabe des Politicum! Ich hoffe, ihr seid alle gut ins neue Jahr gekommen und wünsche viel Erfolg für die kommende Klausurphase und eure Hausarbeiten. In der letzten Ausgabe haben wir uns die Frage gestellt, was nach der Uni kommt. Der Schwerpunkt lag dabei auf der akademischen Karriere und der Frage, wie und wann eine Promotion sinnvoll ist. Auch in dieser Ausgabe blicken wir wieder über den Tellerrand und beleuchten unser geliebtes Bonn. Auch wenn die Stadt schon lange nicht mehr Bundeshauptstadt ist, hat sie nur wenig an Bedeutung eingebüßt. Noch immer haben unheimlich viele Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen ihren Sitz im schönen Rheinland. Sie alle sind potentielle zukünftige Arbeitgeber – egal ob in Form eines Praktikums, einer SHK-Stelle oder einer Anstellung nach dem Studium. Bonn hat viel zu bieten und das würdigen wir auf 14 Seiten. A propos Praktikum: Vier Studentinnen und Studenten berichten kurz und knapp von ihren letzten Praktika.

Des Weiteren findet ihr Artikel zu Geschehnissen, die uns alle im Laufe des Semesters beschäftigt haben oder noch immer beschäftigen. Christian berichtet von den Anschlägen in Ottawa. Chantal und Hannah befassen sich mit der Ebola-Katastrophe in Westafrika und Lukas sagt uns, was er von der PEGIDA-Bewegung hält, die auch Bonn erreicht und riesige Gegendemonstrationen ausgelöst hat. Dazu kommen noch die Klassiker: Das Ohne-Worte-Interview, diesmal mit Mahir Tokatlı M.A., sowie verschiedene Meinungstexte, die die Ausgabe abrunden.

Ich hoffe, ihr habt beim Lesen so viel Spaß wie wir beim Erstellen. Ich danke allen ganz herzlich, die an diesem Politicum mitgewirkt haben. Falls ihr auch einmal Lust habt, etwas zu schreiben, dann meldet euch einfach bei eurer Lieblingsfachschaft! Und jetzt viel Spaß beim Lesen!

Niko

Inhalt

-
- 4** Ohne Worte
Rubrik · Mahir Tokatlı
-
- 6** Es geht doch nichts über Praxis
Erfahrungen aus dem Praktikum
-
- 8** Eine Stadt, tausend Organisationen
Titel · Was Bonn neben der Uni zu bieten hat
-
- 22** Point of View
Diskussion · Ebola
-
- 24** Unnützes Wissen
Was Angela Merkel tat, als die Mauer fiel
-
- 25** Was soll man da verstehen?
Meinung · PEGIDA und die Politik
-
- 26** 4 Themen, 4 Meinungen
Rubrik · Ferguson, vergessene Konflikte, Zivilcourage, „Demokratur“
-
- 30** „Und was genau machst du da?“
Der neue EU Career Ambassador stellt sich vor
-
- 31** Building Europe
Die EU aus der Perspektive eines ERASMUS-Studenten aus Sizilien
-
- 32** Ottawa – aus weit weg wird ganz nah
Ein etwas anderer Eindruck
-
- 34** Impressum
-



Liebe Kommilitoninnen, liebe Kommilitonen,

auch wenn sich nun alle bereits von Silvester erholt und die letzten Nostalgiker sich allmählich an das neue Jahr gewöhnt haben sollten, wollen wir euch zu Beginn dieser Ausgabe des Politicums nachträglich und weiterhin ein frohes und erfolgreiches Jahr 2015 wünschen. Wir hoffen, dass sich alle „Neuzugänge“ und die „alten Hasen“ gut in Bonn und an unserem Institut eingelebt haben, zufrieden mit ihrer Studienwahl sind und den Jahreswechsel ebenso glücklich und zuversichtlich überstanden haben.

Das vergangene Semester hatte sicher seine Höhen und Tiefen, doch zumindest aus Fachschaftssicht können wir uns rückblickend nicht beklagen: Unsere Veranstaltungen, wie das Ringseminar zum Themenfeld „Afrika im globalen Kontext“ und der Filmabend in Kooperation mit der Fachschaft Medienwissenschaften zur Dokumentation „The Act of Killing“, trafen auf euer Interesse und eure aufmerksame Teilnahme.

Gleichmaßen positive Worte finden wir auch bei der diesjährigen Fachschaftsparty im Pantheon, aufgrund derer vielleicht mancher Kopf am darauf folgenden Tag eine geringere Aufnahmefähigkeit aufzuweisen hatte. Unter dem von der Krim-Krise geprägten und lehrreichen Motto „Partéy - helping angry people make peace since 1989“ gelang es uns, das neue Studienjahr und die Erstsemester gebührend in die studentische Kultur und das Bonner Freizeit- wie Nachtleben einzuführen und einen tollen gemeinsamen Abend zu verbringen.

Damit auch in Zukunft Engagement, Initiative und die studentische Vertretung am Institut wachsam und aktiv bleibt, freuen wir uns stets über jeden Neugierigen und Motivierten unter euch, der sich für seine Kommilitoninnen und Kommilitonen sowohl in Hochschulfragen als auch in Freizeitangelegenheiten einsetzen möchte. Schaut einfach mal selbst vorbei: jeden Mittwoch, 20 Uhr c.t. im großen Übungsraum.

Generell sind wir immer für euch da und stehen euch gerne bei euren Fragen und Anliegen zur Seite. Entweder ihr schaut bei uns in der Sprechstunde von Montag bis Donnerstag jeweils von 12 bis 13 Uhr bzw. in den Ferien mittwochs von 13 bis 14 Uhr vorbei oder schreibt uns eine E-Mail.

Wir wünschen viel Spaß bei der Lektüre des neuen Politicums und sagen herzlichen Dank an jede Autorin und jeden Autor, besonders natürlich an Niko Oerter als Chefredakteur! Uns bleibt nur noch eins: im Namen der Fachschaft viel Erfolg bei eurem Studium und eine erholsame vorlesungsfreie Zeit!

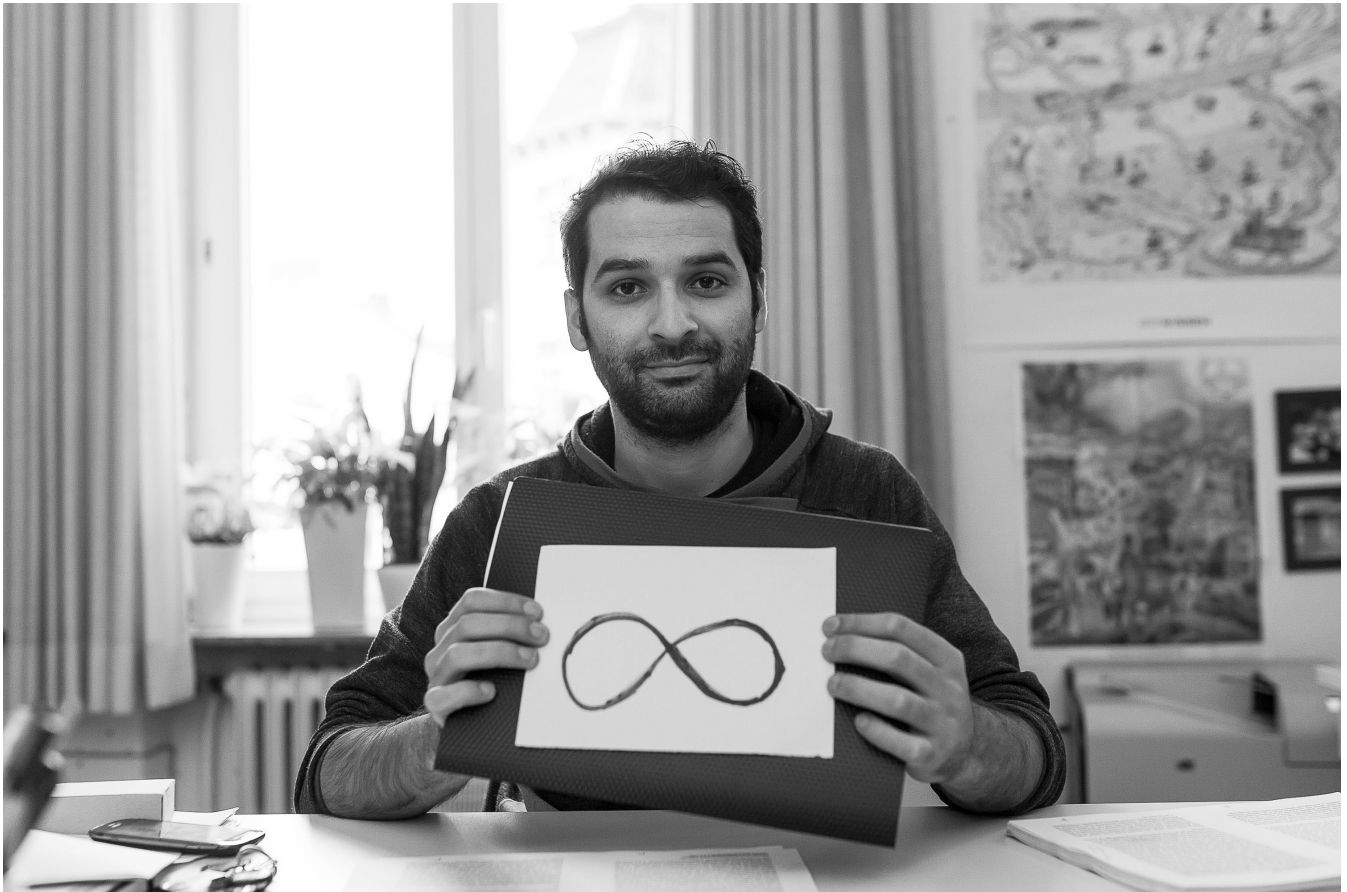
Lisa und Daniel

Mahir Tokatlı

OHNE WORTE

GEBOREN 1985 in Bremen

AUSBILDUNG Master of Arts · BERUF Wissenschaftlicher
Mitarbeiter am Lehrstuhl von Prof. Dr. Frank Decker



Wie oft wurde dein Name schon
falsch ausgesprochen?

Als ich Mahir Tokatlı gesagt habe, dass wir ihn gerne in der neuesten Ausgabe des Politicum dabei haben würden, antwortete er: „Das ist aber nett vom Politicum“. Nett war auch das Interview selbst, für das wir uns irgendwo zwischen Lennéstraße und Altstadt bewegt haben, wenn es denn einmal zeitlich gepasst hat. Wir, das waren Mahir mit Werder Bremen-Schal und Mini-Fußball, Tobi

mit einem Schwergewicht von Kamera und ich mit einem kleinen Notizzettel, auf dem sieben krakelige Fragen standen, die ich selbst nicht beantworten könnte. Hier sind für euch die Ergebnisse.

INTERVIEW **Hannah Rüdiger**
FOTOGRAFIEN **Tobias Höller**



Wo siehst du dich in 10 Jahren?



Welche politische Persönlichkeit fasziniert dich?



Was denkst du, wenn du momentan die Zeitung aufschlägst?



Was gefällt dir an der Uni?



Wie würdest du das Verhältnis zwischen dir und den Studenten beschreiben?



Was machst du, wenn du nicht in der Uni bist?

Es geht doch nichts über Praxis

Obwohl viele Universitäten praxisnahe Studiengänge versprechen, bleiben Praktika für Studentinnen und Studenten unverzichtbare Bestandteile des Studiums. Sie vermitteln praktische Erfahrungen und geben Aufschluss über mögliche Karrierewege, die nach dem Studium warten könnten. Die Auswahl an möglichen Arbeitgebern ist riesig. Vier Studierende am IPWS berichten von den Praktika, die sie zuletzt gemacht haben.



Chantal Grede
studiert im ersten Semester
M.A. Politikwissenschaft

Wo: Westdeutscher Rundfunk (WDR), Abteilung Presse und Information

Aufgabenfeld: Verfassen von Pressetexten, Pressemitteilungen, Pressemeldungen, Presseclippings, Mitarbeit am WDR Pressekiosk, Verfassen von Artikeln für WDR Print, Betreuung des Abschlussprojekts der Volontäre, Pressebetreuung vor Ort bei den ARD-Formaten „Wahlarena“ mit Peer Steinbrück und Angela Merkel, Einarbeitung beim WDR Pressespiegel

Eindruck: Sehr gut, sehr gute Betreuung, viele neue Erfahrungen, vor allem „Außen-Termine“ waren sehr interessant, habe ein gutes Verständnis für Pressearbeit gewonnen, die ja anders ist als reine journalistische Arbeit, habe einen guten Einblick in die meisten Bereiche der Abteilung bekommen, sehr nette und aufgeschlossene Kollegen gehabt...

Pflichtpraktikum: Nein

Vergütung: Ja



Anna-Lena Gentemann
studiert im sechsten Semester
Politik und Gesellschaft

Wo: Internationale Jugendgemeinschaftsdienste e.V. (ijgd), einem Verein, der Freiwilligendienste im In- und Ausland koordiniert und zum Teil selbst organisiert.

Aufgabenfeld: Im August hatte ich für den Verein ein internationales dreiwöchiges Workcamp geteamt. Nachbereitung der Workcamp-Saison, also Nachforderung von Unterlagen, Kommunikation mit anderen Gruppenleitern, Aktualisierung von Saison-tabellen, Hochladen von Fotostrecken und Camp-Berichten auf die Webseite etc.

Eindruck: Ich kann den ijgd jedem empfehlen! Meine Teilnahme an einem Workcamp war eine super Entscheidung! Für diejenigen, die gern die Hintergründe hinter interkulturellem Jugendaustausch kennenlernen wollen, empfiehlt sich ein Praktikum im Büro dann auf jeden Fall. Wer länger da bleiben will, sollte aber auf jeden Fall Spaß an Verwaltungsarbeit haben bzw. diese kennenlernen wollen. P.S.: Die Campleiter-Ausbildungs-Saison geht bald los!

Pflichtpraktikum: Nein

Vergütung: Nein



Anmerkung zur Vergütung:

Seit dem 1.1.2015 gilt der Mindestlohn von 8,50€. Unter bestimmten Voraussetzungen gilt dieser Anspruch auch für Praktika. Von vornherein ausgenommen sind Pflichtpraktika und Praktika mit einer Dauer von unter drei Monaten. Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass vor allem längere Praktika (Halb- oder Ganzjahrespraktika) in Zukunft rarer gesät und noch stärker umkämpft sein werden. **Weitere Informationen** gibt es im Praktikumsportal der IHK: www.ihk-praktikumsportal.de/inhalte/Arbeitgeber/Praktikum/Rechtliche+Rahmenbedingungen/2957346/Mindestlohn.html



Niko Oerter
studiert im vierten Semester
M.A. Politikwissenschaft

Wo: Deutscher Bundestag, Abgeordnetenbüro von Volkmar Klein (CDU)

Aufgabenfeld: Unterstützung bei allem, was im Alltag eines Bundestagsabgeordneten so anfällt. Dazu gehörte sehr viel Recherche zu den Schwerpunktthemen des Abgeordneten oder über Gäste, die bald empfangen werden. Außerdem durfte ich Pressemitteilungen verfassen und Schulklassen betreuen, die zu Besuch in den Einrichtungen waren.

Eindruck: Absolut zu empfehlen! Die Bandbreite an Angeboten für Praktikanten durch die jeweilige Fraktion im Bundestag ist immens. Darüber hinaus konnte ich meinen Chef zu diversen Treffen und Foren begleiten, viele wichtige Leute treffen und unvergleichliche Eindrücke über die Funktionsweise der deutschen Politik sammeln. Außerdem hatte ich wirklich tolle Kollegen im Büro, weshalb ich mich jeden Tag wieder auf die Arbeit freuen konnte.

Pflichtpraktikum: Nein

Vergütung: Nein



Hannah Rüdiger
studiert im dritten Semester
Politik und Gesellschaft

Wo: Allerweltshaus in Köln-Ehrenfeld, Projekt „Erinnern und Handeln für die Menschenrechte“

Aufgabenfeld: Vorbereitung und Begleitung von Veranstaltungen. Darüber hinaus musste ich Berichte verfassen sowie Newsletter und die Homepage verwalten.

Eindruck: Entspannter Umgang mit Kolleginnen und Kollegen. Dazu noch flache Hierarchien und spannende Veranstaltungen mit sehr interessanten Referentinnen und Referenten – insgesamt ein sehr guter Einblick in die interkulturelle Arbeit des Allerweltshauses!

Pflichtpraktikum: Nein

Vergütung: Nein

Eine Stadt, tausend Organisationen

Als ehemalige Bundeshauptstadt war Bonn schon immer ein attraktiver Standort für Sozial- und Politikwissenschaftler. Auch knapp 25 Jahre nach Beschluss des Berlin/Bonn-Gesetzes ist die Stadt alles andere als perspektivlos. Vor allem in der Entwicklungszusammenarbeit bietet Bonn ein reichhaltiges Angebot. Beispielfhaft werden hier zehn Organisationen vorgestellt, doch es gibt noch viele mehr...

von Felix Rudroff, Arne Cremer, Sabrina Dieter, Nicole Brune und Daniel Stich

Politische Bildung

Verein zur Förderung politischen Handelns e.V.

Entstehungshintergrund

Seit dem Jahr 1992 gibt es den v.f.h. mit einer eigenen Geschäftsstelle in Bonn. Der „Verein zur Förderung politischen Handelns“ ist eine gemeinnützige, anerkannte und überparteiliche Organisation, die bundesweit und auch im europäischen Ausland politische Bildungsarbeit für und mit jungen Menschen anbietet. Vor über zwanzig Jahren als Jugendbildungswerk ins Leben gerufen, um dem Auftrag der „peer education“ nachzukommen, hat sich der v.f.h. bis heute zu einem bundesweiten Netzwerk aus politisch Aktiven entwickelt. In Nordrhein-Westfalen wird der Verein durch das Politische Bildungswerk: Junge Erwachsene machen Politik (JumP) vertreten.

Thematische Schwerpunkte

Der Leitspruch, den sich der v.f.h. auf die Fahne geschrieben hat, lautet: „Es ist möglich, Politik zu gestalten. Es kann Spaß machen, sich zu engagieren.“ Der Verein versucht, durch ein thematisch breit gefächertes Angebot an Seminaren, Trainings und Workshops junge Menschen für politische Themen zu begeistern und zu eigenem politischen Handeln zu motivieren bzw. in bereits vorhandenem politischen und zivilgesellschaftlichen Engagement zu bestärken. Deshalb versucht der v.f.h., junge Menschen für sein Bildungsangebot zu gewinnen. Politisches Interesse soll mit der Lust verbunden werden, sich gemeinschaftlich in gesellschaftspolitische Themen einzuarbeiten.

Verein zur Förderung
politischen Handelns e. V.



Darüber hinaus soll die Bereitschaft gestärkt werden, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und aktiv gesellschaftspolitische Veränderungsprozesse mit zu gestalten. Insbesondere die überparteiliche Ausrichtung des Vereins verdeutlicht, dass es ihm in erster Linie darum geht, durch gezielte politische Bildungsarbeit einen Beitrag für eine lebendige Demokratie zu leisten. Junge Menschen sollen gesellschaftspolitische Themen aus vielen Perspektiven beleuchten und werden so darin gestärkt, Positionen – auch ihre eigenen – zu hinterfragen.

Inhaltliche Projektarbeit

Der v.f.h. vereinigt unter dem allgemeinen Ziel der Stärkung von politischem Engagement ein breites Weiterbildungsangebot. Einerseits werden inhaltliche Seminare zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen angeboten und dabei z.B. der Frage nach den Ursachen des Ukraine Konflikts oder den Auswirkungen der globalen Klimaerwärmung nachgegangen. Zum anderen finden sich aber auch Trainings zu Rhetorik, Moderation oder Projektmanagement im Angebot des v.f.h., die jungen Menschen allgemeine Techniken und Fertigkeiten zur aktiven politischen Mitgestaltung an die Hand geben und sie darin bestärken, ihren Interessen Gehör zu verschaffen. Die Veranstal-



© Verein zur Förderung politischen Handelns e.V.

tungen des v.f.h. können dabei unter ganz unterschiedlichen Rahmenbedingungen durchgeführt werden. So gibt es je nach Zielgruppe der Veranstaltungen die Möglichkeiten, eine „Ferien- oder Wochenend-Akademie Politik“, Konferenzen, Projekttag, Kompetenztrainings für politisch Aktive, oder „Seminare nach Maß“ zu besuchen oder zu buchen.

Perspektiven (für Studierende)

Das Angebot des v.f.h. richtet sich auch an Studierende. Einerseits mit den inhaltlichen Seminaren und andererseits durch die etwas allgemeineren Trainings für gesellschaftspolitisch engagierte junge Menschen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, aktiv in der Bildungsarbeit des Vereins mitzuwirken. Zu diesem Zweck ist es am einfachsten, Veranstaltungen des v.f.h.

erst einmal als Teilnehmer oder Teilnehmerin zu besuchen, um sich ein persönliches Bild vom Bildungsangebot, der Seminargestaltung und dem thematischen Schwerpunkt der Vereinsarbeit zu machen. Sollte der Verein dann Euer Interesse geweckt haben, könnt Ihr im Rahmen der Veranstaltungen Kontakt mit der Geschäftsstelle aufnehmen und anfragen, ob Ihr beispielsweise an dem jährlichen Kennenlernseminar teilnehmen dürft, welches sich an diejenigen richtet, die aktiv in die Seminararbeit des Vereins eingebunden werden möchten. Der Verein bietet durchaus perspektivisch die Möglichkeit, selbst entwickelte Seminare in das Gesamtangebot des v.f.h. einzubringen. Zunächst führt man jedoch Seminare gemeinsam mit erfahrenen Seminarleitern und Seminarleiterinnen durch. Wer also vor allem an der aktiven politischen Bildungsarbeit Interesse hat, ist beim v.f.h. bestens aufgehoben.



Kontakt:

*v.f.h. Verein zur Förderung politischen Handelns e.V.
Association for the Advancement of Political Action
in Nordrhein-Westfalen vertreten durch das Politische Bildungswerk:
Junge Erwachsene machen Politik (JumP)*

*Rathausgasse 11a
53111 Bonn
www.vfh-online.de*

Entstehungshintergrund

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) wurde am 25. November 1952 als Bundeszentrale für Heimatdienst in der Bundesrepublik Deutschland gegründet. Seit 1963 fungiert sie unter dem Namen bpb als größte Einrichtung für politische Bildung in Bonn. Die bpb ist eine nachgeordnete Behörde des Bundesministeriums des Inneren, welches seinen Zweitsitz bisher auch noch in Bonn hat. Auftrag der Behörde ist seit ihrer Gründung die „Demokratie-Erziehung“. Diesem kommt die Bundeszentrale durch den ständigen Austausch von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft nach, wobei sie überparteilich arbeitet und sich selbst als „wissenschaftlich ausgewogene“ Einrichtung versteht.

Thematische Schwerpunkte

Laut dem Erlass des Bundesministeriums des Inneren ist es Aufgabe und Ziel der Bundeszentrale für politische Bildung, „das Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken.“ Das Hauptaugenmerk legt die bpb mit ihrer Bildungsarbeit auf die Förderung des Bewusstseins für Demokratie und der politischen Partizipation. Zu diesem Zweck behandelt die bpb aktuelle und historische Themen in ihren Veranstaltungen sowie Print-, audiovisuellen und digitalen Produkten, um durch ein breites Angebot möglichst viele Menschen zu erreichen. Diese Aufgabe erfüllt die bpb in eigenständiger gesellschaftspolitischer, pädagogischer und publizistischer Verantwortung.

Inhaltliche Projektarbeit

Die bpb bietet eine sehr große Palette an verschiedenen Veranstaltungsformaten und Möglichkeiten, sich aktiv in die politische Bildungsarbeit einzubringen. Tagungen, Kongresse, Festivals, Messen, Ausstellungen, Studienreisen, Wettbewerbe, Kinoseminare und Kulturveranstaltungen sowie Themen-Events und Journalis-

tenweiterbildungen sind nur einige Beispiele für das Bildungsangebot der bpb. Ziel aller Projekte der Bundeszentrale ist es, die Bürgerinnen und Bürger zu motivieren und zu befähigen, sich kritisch mit gesellschaftspolitischen Fragestellungen auseinander zu setzen und sich auf dieser Grundlage aktiv in der politischen Landschaft Deutschlands zu engagieren. Zu diesem Zweck versucht die bpb, ihr Bildungsangebot interdisziplinär auszurichten und Einblicke in die Zusammenhänge zwischen politischen, kulturellen, sozialen sowie wirtschaftlichen Prozessen zu vermitteln. Eine wichtige Zielgruppe bilden dabei vor allem junge Menschen sowie Lehrkräfte und Personen in der Bildungs- und Jugendarbeit, die durch ihre Arbeit einen direkten Kontakt zu jungen Menschen besitzen.

Perspektiven (für Studierende)

Die bpb ist den meisten Bonner Studierenden natürlich ein Begriff. Insbesondere für Studierende, die sich aktiv in die politische Bildungsarbeit einbringen wollen, ist diese Chance vor allem durch die Bundeszentrale am Standort Bonn gegeben. Anders als viele kleinere Bildungseinrichtungen verfügt die bpb über genügend Ressourcen, um eigene Projektideen von außen einzubringen oder zumindest von der bpb bei der Durchführung von Projekten organisatorisch oder finanziell unterstützt zu werden. Darüber hinaus gibt es im Jahr zwei Bewerbungsfristen für mehrwöchige oder längerfristige Praktika, wobei sich dieses Angebot in erster Linie an Studierende richtet, die bereits ihren ersten Hochschulabschluss erworben haben. Außerdem schreibt die bpb immer wieder Stellen für Studentische Aushilfskräfte aus, durch die man ebenfalls wertvolle erste Einblicke in eine der größten bundesweiten Bildungseinrichtungen erhalten kann.



© Bundeszentrale für politische Bildung



Kontakt:

*Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn
www.bpb.de*



Weitere Organisationen:

- *Bildungswerk Kulturgut/Brotfabrik*
- *Bildungszentrum der IHK Bonn/Rhein-Sieg*
- *Bildungswerk für Friedensarbeit (BF)*
- *Bildungszentrum Wissenschaftsladen Bonn e.V.*
- *DAAG e.V.-Bildungswerk*
- *dbb akademie*
- *Europäische Akademie Nordrhein-Westfalen e.V.*
- *Evangelische Erwachsenenbildung im Kirchenkreis An Sieg und Rhein (eeb-ekasur)*
- *Familienbildungsstätte e.V.*
- *IKAB-Bildungswerk e.V.*
- *Katholisches Bildungswerk Bonn*
- *Politischer Arbeitskreis Schulen e.V. (PAS) Studiengemeinschaft, Staatlich anerkanntes Bildungswerk*
- *Akademie für politische Bildung und Information*
- *Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie Bonn*

Entwicklungshilfe / Humanitäre Hilfe

Deutsches Institut für die Entwicklungspolitik

Hintergrund:

Entwicklungspolitisch kann das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) nicht direkt oder kaum als aktive Spielfigur bezeichnet werden. Die Leistungen des DIE sind selten sichtbar und nicht zu vergleichen mit einem Brunnen in der Sahara oder einem neuen Krankenhaus in einem Flüchtlingscamp. Die Arbeit, die das DIE erbringt, stellt eine Schnittmenge zwischen der Theorie und der Praxis von Entwicklungszusammenarbeit dar. Ganz nach der Ursprungsidee des amerikanischen Initiators General Lucius D. Clay, einem engen Berater von US-Präsident John F. Kennedy, konzentrierte sich das DIE nach seiner Gründung 1964 als gemeinnützige Gesellschaft mit Sitz in Berlin auf die Ausbildung von professionellem Personal in der Entwicklungspolitik. Nach und nach etablierte sich das DIE zu einem der weltweit führenden Think Tanks zu Fragen globaler Entwicklung und internationaler Kooperation. Sein Aufgabenbereich vereint nunmehr Ausbildung, Forschung sowie Beratung. Seit 2000 sitzt das DIE in der UN-Stadt Bonn.

Schwerpunkte:

Für das DIE steht in seinen theoriegeleiteten, empirisch gestützten und praxisorientierten Forschungsansätzen dabei stets auch die Frage im Raum, inwiefern der Ressourcenbedarf Deutschlands bzw. des jeweiligen Geberlandes sichergestellt werden kann. Die Arbeit des DIE liegt somit in einem zwar praxisferneren, jedoch deutlich politikrelevanteren Bereich als jener von NROs aus der Entwicklungszusammenarbeit. Vor allem diese gehören zu den Klienten des weltweit gefragten Instituts. Die Beratungs-, Forschungs- und Ausbil-

d.i.e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute

dungstätigkeiten von rund 100 Beschäftigten leisten somit für die Entwicklungszusammenarbeit einen bedeutenden Beitrag. Es ist schwer, für das DIE einen Schwerpunkt auszumachen. Jeder entwicklungspolitisch relevante Bereich wird in Forschungsprojekten tangiert und durch Ausbildung und Beratung angegangen. Eine klare Linie hinter den Motivationen des DIE ist dennoch erkennbar: die moderne Idee der Kooperation. Entwicklungszusammenarbeit entspricht längst nicht mehr der einseitigen Hilfe, sondern verfolgt das Ziel einer gerechteren Welt und aufstrebenden Wirtschaft, von der alle profitieren – so zumindest die Zielsetzung der Forschung des DIE.

Perspektiven:

Für Studierende bietet das DIE Praktika in den Bereichen Forschung/Beratung, Ausbildung sowie in der Stabsstelle Kommunikation, auf die sich drei bis sechs Monate im Voraus mit den üblichen Unterlagen dezentral bei den jeweiligen Abteilungen beworben werden sollte. Eine interdisziplinäre Ausrichtung und der wissenschaftliche Fokus stehen dabei immer im Vordergrund. Voraussetzung ist ein abgeschlossenes B.A.-Studium. Die Aufgaben und der Inhalt des Praktikums selbst werden im beidseitigen Einvernehmen und je nach Themengebiet festgelegt. Ein Praktikumpartner der anderen Art aus dem Bereich Entwicklungspolitik.



Kontakt:

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
Tulpenfeld 6
53113 Bonn
www.die-gdi.de



Weitere Organisationen:

- Ärzte ohne Grenzen e.V. (Zweigstelle Bonn)
- Deutsche Welthungerhilfe e.V.
- DEval - Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit
- ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
- HELP - Hilfe zur Selbsthilfe e.V.
- Terre des Hommes - AG Bonn



Hintergrund

CARE. Ein einfaches Wort mit einer simplen, reinen Botschaft: „Sorgen“ oder „Pflegen“. Der Name ist Programm. Den wenigsten ist heute allerdings bewusst, dass es sich bei dem Namen der 1945 in den USA als koordinierendes Organ von 22 US-amerikanischen Wohlfahrtsverbänden gegründeten humanitären Nichtregierungsorganisation (NRO) um ein Akronym handelt. „Cooperative for American Remittances to Europe“, so der ausgeschriebene, ursprüngliche Name der NRO.

Ihre Entstehungsgeschichte ist eng mit dem Schicksal Europas und insbesondere Deutschlands verknüpft. Allein zwischen 1946 und 1960 erreichten fast zehn Millionen CARE-Pakete mit Lebensmitteln, Kleidung, Werkzeug, Zigaretten, usw. Deutschland, Österreich und andere europäische Staaten. Diese können durchaus als einer der wichtigsten Beiträge zum rasanten Wiederaufbau Europas gewertet werden. Heute bedeutet das Akronym etwas anderes: „Cooperative for Assistance and Relief Everywhere.“ Schon 1949 weitete die Organisation ihre Hilfslieferungen auf Entwicklungsländer aus. Nur gebremst durch die Grenzen und Schranken des Kalten Krieges etablierte sich die erfolgreiche NRO in den folgenden Jahrzehnten zu einer der renommiertesten internationalen Organisationen der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit. Heute gibt es 13 nationale, gleichnamige Mitgliedsorganisationen, bspw. in Kanada, Frankreich, Australien, Japan oder Deutschland. Koordiniert wird ihre Arbeit im Generalsekretariat von CARE International in Genf in der Schweiz. Der Sitz der 1980 gegründeten deutschen sowie luxemburgischen Vertretung ist in Bonn.

Schwerpunkte

Mit dem erklärten Ziel von CARE International vor Augen, als „Partner der Armen“ weltweit zu wirken, konzentriert sich CARE Deutschland-Luxemburg vor allem auf die Schwerpunkte der Nothilfe und Armutsbekämpfung. In ihrer Arbeit und in ihren Projekten behandelt die Organisation Themenbereiche wie Katastrophenvorbeugung,

Sofort- und Wiederaufbauhilfe und setzt dabei besonderes Augenmerk auf die Kooperation mit den Partnern vor Ort. Vor Ort heißt damit nahezu die ganze Welt, denn CARE ist auf beinahe jedem Kontinent aktiv. Projekte wie die Bereitstellung von sauberem Trinkwasser und Latrinen für das Dadaab Flüchtlingslager im Nordosten Kenias oder die nachhaltige Verbesserung der gemeindebasierten Nahrungsmittelproduktion in Gaza stehen dabei exemplarisch für das breite Einsatzgebiet von CARE. Sie genießen dabei nicht minder breite Unterstützung durch private Spender, Konzerne, Unternehmen, oder staatliche und internationale Förderer.

Perspektiven

Für Studierende bietet die Organisation Praktika an, deren Dauer sich in der Regel über mindestens drei Monate erstreckt und für die man sich jederzeit bewerben kann. Praktikanten bei CARE Deutschland-Luxemburg e.V. in Bonn wählen dann aus einem Einsatzangebot. Dieses reicht von Verwaltung und Finanzen über Kommunikation und Presse bis hin zur Programm- und Projektarbeit. So wird ein tiefer Einblick in den Alltag einer humanitären NGO im Entsendeland garantiert. Das dritte Semester sollte mindestens beendet sein, bevorzugt werden allerdings Studierende mit einem abgeschlossenen Grundstudium. Englisch ist ein Muss, jede weitere Sprache wie auch jedes entwicklungspolitische Engagement von großem Vorteil. Die Internetpräsenz der Organisation bietet aufschlussreiche Informationen zu weiteren Formalitäten und lässt bereits erahnen, dass CARE im Umgang mit Praktikanten Erfahrung hat.



Kontakt:

CARE Deutschland-Luxemburg e.V.
Dreizehnmorgenweg 6
53175 Bonn
www.care.de

Umweltpolitik

EUROSOLAR e.V.



Hintergrund

Auf Initiative des langjährigen Bundestagsabgeordneten Hermann Scheer (SPD, verstorben 2010) wurde die „Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien EUROSOLAR e.V.“ 1988 in Bonn gegründet, wo sie bis heute ihren Sitz und Geschäftsstelle hat. Nach eigenen Angaben hat die Vereinigung es sich zum Ziel gesetzt, atomare und fossile Energie vollständig durch Erneuerbare Energien zu ersetzen. Die international aktive Organisation ist derzeit mit Sektionen in 13 europäischen Ländern vertreten und hat 2001 den Weltrat für Erneuerbare Energien (WCRE) gegründet. EUROSOLAR hat zudem maßgeblich an der Gründung von IRENA (Internationale Agentur für Erneuerbare Energien) mitgewirkt, welche seit 2009 existiert. Mitglieder des e.V. sind neben Einzelpersonen auch juristische Personen.

Schwerpunkte

Inhaltlicher Schwerpunkt ist laut EUROSOLAR die Hinwirkung auf eine Veränderung politischer Prioritäten und Rahmenbedingungen zu Gunsten der Sonnenenergie und weiterer erneuerbarer Energiequellen sowie das Zusammenbringen von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur zur Verwirklichung dieses Ziels. Praktisch organisiert der Verein überwiegend Konferenzen und Symposien. Er gibt zudem vierteljährlich – neben anderen Publikationen – die Fachzeitschrift „Solarzeitalter“ heraus und vergibt seit 1994 eigene Solarpreise. In den Bonner Räumlichkeiten des Vereins steht, nach vorheriger Rücksprache, auch eine Bibliothek mit fachspezifischen Publikationen für Interessierte

zur Verfügung. Für lokale und nicht kommerzielle Solarvereine gibt es die Möglichkeit einer Mitgliedschaft in einem speziellen Netzwerk der Organisation.

Projekte

Das größte Projekt ist die 2015 zum neunten Mal stattfindende Fachkonferenz IRES (Internationale Konferenz zur Speicherung Erneuerbarer Energien) auf der Messe Düsseldorf. Es werden immer wieder kleinere und größere Konferenzen veranstaltet, wie zum Beispiel 2007 die „Weltversammlung für Erneuerbare Energien“ (WREA) oder die Konferenzserie „Stadtwerke mit Erneuerbaren Energien“. Ein weiteres Projekt ist die Verleihung eines europäischen und verschiedener nationaler Solarpreise.

Perspektiven

Für Studierende mit mindestens drei Semestern Studienerfahrung besteht die Möglichkeit, sich für ein dreimonatiges Praktikum in der Bonner Geschäftsstelle zu bewerben. Derzeit ist eine entsprechende Stelle mit Bewerbungsschluss zum 29. Januar 2015 ausgeschrieben. Initiativbewerbungen sind aber jederzeit möglich und ausdrücklich gewünscht. Ein Praktikum bei EUROSOLAR wird mit bis zu 450 Euro im Monat vergütet. Weitere Informationen sind unter praktikum@eurosolar.de erhältlich.



Kontakt:

Eurosolar e.V.
Europ. Vereinigung f. Erneuerbare Energien
Kaiser-Friedrich-Straße 11
53113 Bonn
www.eurosolar.de



Weitere Organisationen:

- Alliance for Water Stewardship - AWS
- Bundesverband Bürgerinit. Umweltschutz
- FSC - Forest Stewardship Council
- green energy against poverty e.V.
- ICLEI – Local Governments for Sustainability
- IFOAM Int. Fed. of Org. Agri. Movements
- Ökologischer Tourismus in Europa e.V.
- Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW
- UNFCCC – Klimasekretariat der UN
- WHO ECEH Bonn
- WWEA – World Wind Energy Association



Hintergrund

Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) untersteht dem Bundesumweltministerium und ist eine wissenschaftliche Behörde im Bereich des nationalen und internationalen Naturschutzes. Außerdem ist es die nationale Vollzugsbehörde für diverse internationale Abkommen in diesem Bereich. Die erste Vorgängerorganisation ist die 1906 gegründete preußische „Stelle für Natur-Denkmalpflege“ in Danzig. 1953 wurde in Bonn die Bundesanstalt für Naturschutz und Landschaftspflege eingerichtet. Nach häufigen Umbenennungen und späteren Umstrukturierungen im Zuge der Wiedervereinigung trägt die Behörde seit 1993 ihre heutige Bezeichnung. Heute sitzt das BfN in Bonn und Leipzig und unterhält eine weitere Außenstelle auf der Insel Vilm.

Schwerpunkte

Als ihren Hauptschwerpunkt sieht die Behörde selbst die Bereitstellung von „wissenschaftlichen Entscheidungsgrundlagen für Politik und Verwaltung“. Zudem ist das BfN zuständig für die Beschaffung belastbarer Daten und Erkenntnisse und steht hierfür im Fachaustausch mit Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen. Es betrachtet sich zudem als enger Kooperationspartner der entsprechenden Behörden auf Landesebene. So soll beispielsweise gewährleistet werden, dass Artenschutz oder Landschaftsplanung bundesweit vergleichbar sind. Auch die Zusammenarbeit mit Naturschutzverbänden, der Wirtschaft und Nutzerverbänden wie der Land- und Forstwirtschaft oder dem Tourismus sind ein zentraler Teil der dortigen Arbeit. Weiterhin fällt die Betreuung der deutschen Umsetzung zahlreicher internationaler Naturschutzabkommen in den Aufgabenbereich des BfN. Auch bei Genehmigungen für Offshore-

Windparks oder im Bereich der Agro-Gentechnik wird die Institution beteiligt. Genehmigungen zur Ein- und Ausfuhr geschützter Tier- und Pflanzenarten unterliegen ebenfalls dem Bundesamt. Auch die Vermittlung von Wissen für Fachleute sowie Interessierte fällt in den Tätigkeitsbereich der Behörde. Sie unterhält fachspezifische Bibliotheken an allen Standorten und betreibt die internationale Naturschutzakademie auf der Ostseeinsel Vilm. Die Fachzeitschrift „Natur und Landschaft“ wird auch durch das BfN herausgegeben.

Projekte

Nach eigenen Angaben fördert und plant das Bundesamt Naturschutz-Großprojekte, Forschungsvorhaben und Modellprojekte in Zusammenarbeit mit seinen externen Partnern. Es wird hierbei zwischen Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben, die innovative Naturschutzideen umsetzen sollen, und Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Gewinnung wissenschaftsbasierter Entscheidungsgrundlagen unterschieden. Weiterhin werden über die Verbändeförderung auch nichtstaatliche Vorhaben bezuschusst. Auch kleinere Projekte wie Veranstaltungen und Kampagnen werden durch das BfN betreut.

Perspektiven

Drei- bis sechsmonatige (Pflicht-)Praktika sind in den unterschiedlichen Abteilungen des BfN und an allen Standorten (Bonn, Leipzig, Vilm) möglich. Eine Vergütung ist jedoch nicht vorgesehen. Die Bewerbung kann per E-Mail oder postalisch erfolgen. Weitere Informationen sind unter www.bfn.de/18315.html abrufbar.



© Bundesamt für Naturschutz



Kontakt:

Bundesamt für Naturschutz
Konstantinstraße 110
53179 Bonn
www.bfn.de

Kultureller Austausch



Deutsche
UNESCO-Kommission e.V.

Hintergrund

Die UNESCO ist die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur („United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization“). Sie ist eine von 20 rechtlich selbstständigen UN-Sonderorganisationen und entstand am 16. November 1945 als Reaktion auf den 2. Weltkrieg. Die UNESCO hat 195 Mitgliedstaaten, ihr Sitz ist Paris. Als einzige UN-Organisation verfügt die UNESCO über Nationalkommissionen, um die Fachkenntnisse der Institutionen und Experten des jeweiligen Landes in die Entwicklung und Etablierung der UNESCO-Programme miteinzubringen. Die deutsche Kommission befindet sich in Bonn und wurde im Mai 1950, also noch vor dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur UNESCO im Juli 1951, gegründet.

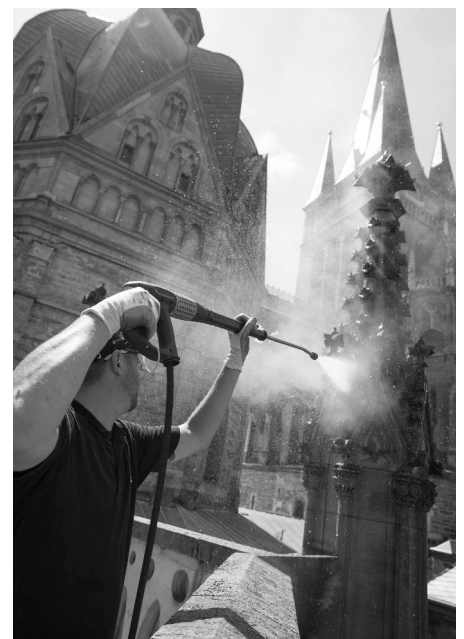
Schwerpunkte

Die Deutsche UNESCO-Kommission ist Deutschlands Mittlerorganisation für multilaterale Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation. Als Teil der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik ist es ihre Aufgabe, die Bundesregierung, den Bundestag und die

übrigen zuständigen Stellen in allen Fragen zu beraten, die sich aus der Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der UNESCO ergeben. Hierfür gewinnt die Kommission Fachleute, Verbände und Institutionen, um an der Ausgestaltung der Mitgliedschaft Deutschlands in der UNESCO mitzuwirken. Den völkerrechtlichen Rahmen und damit die Schwerpunkte der UNESCO bilden sechs globale Übereinkommen. Darunter finden sich der Schutz der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen (2005), die Erhaltung des immateriellen Kulturerbes (2003) und der Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt (1972).

Projekte

Im Rahmen des internationalen kulturellen Freiwilligendienstes „kulturweit“ entsendet die Deutsche UNESCO-Kommission jährlich circa 400 Teilnehmer zwischen 18 und 26 Jahren für sechs oder zwölf Monate. Einsatzstellen befinden sich in den Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas sowie in sogenannten Entwicklungsländern in Afrika, Asien und Lateinamerika. Seit 2009 konnten über 1.900 junge Menschen einen Freiwilligendienst mit „kulturweit“ in Kultur- und



Bildungseinrichtungen weltweit leisten. Die Freiwilligen unterstützen während ihres Aufenthalts beispielsweise Schulen mit Deutschprogrammen, stärken die Hochschulkooperation mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst oder arbeiten in anderen UNESCO-Nationalkommissionen mit. Weitere Kooperationspartner sind neben dem Goethe-Institut die Deutsche Welle Akademie, das Deutsche Archäologische Institut und der Pädagogische Austauschdienst in Kooperation mit der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen. Aktuell engagiert sich die Deutsche UNESCO-Kommission im Rahmen eines zweijährigen Modellprojekts mit dem Reinigungsspezialisten Kärcher außerdem für den Erhalt von Welterbe. In Deutschland werden daher Reinigungsarbeiten in der Karls- und Hubertuskapelle des Aachener Doms vorgenommen.



Alle Fotos © Deutsche UNESCO-Kommission e.V.

Perspektiven für Studierende

Studierende können Praktika in den Fachbereichen der Deutschen UNESCO-Kommission oder in dem Sekretariat der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (jeweils in Bonn) absolvieren. Diese werden nach Bedarf kurzfristig auf der Homepage der Kommission ausgeschrieben. Des Weiteren werden Praktika bei der Bundeskoordination für das UNESCO-Projektschulprogramm (in Berlin, www.ups-schulen.de) angeboten. Studierenden bietet sich zudem die Möglichkeit, einen Freiwilligendienst mit „kulturweit“ zu leisten (www.kulturweit.de).



Kontakt:

Deutsche UNESCO-Kommission e.V.
Colmantstraße 15
53115 Bonn
www.unesco.de



Weitere Organisationen:

- Arbeitsgemeinschaft für interkulturelle Begegnung e.V. (AfiB)
- Indian Association Bonn e.V. (IAB)
- Neema International e.V.
- Informationsstelle Lateinamerika (ila) e.V.
- Informationsstelle Südliches Afrika e.V. (issa)
- Goethe-Institut Bonn



Experiment e.V.

THE EXPERIMENT IN INTERNATIONAL LIVING

Hintergrund

Experiment e.V. ist ein seit 1952 in Deutschland eingetragener, gemeinnütziger Verein. Allerdings ist er international nicht der einzige seiner Art: Der Dachverband „The Experiment in International Living“, dem auch Experiment e.V. angehört, besteht bereits seit 1932 in den USA und hat Mitglieder aus 23 Ländern. Damit handelt es sich um die älteste Austauschorganisation der Welt. In ganz Deutschland hat der Tochterverein Experiment e.V. an die 1.000 Mitglieder sowie 600 ehrenamtliche Mitarbeiter. In Bonn arbeiten 28 Mitarbeiter hauptamtlich (Stand Oktober 2014). Außerdem ist Experiment e.V. Gründungsmitglied des „Arbeitskreises gemeinnütziger Jugendaustauschorganisationen“ (AJA).

Schwerpunkte

Ziel des Vereins ist es, den Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kulturen, Religionen und Altersgruppen zu fördern und dadurch zu einem verständnisvollen und friedlichen Umgang miteinander beizutragen. Zu den Kooperationspartnern von Experiment e.V. zählen unter anderem das Auswärtige Amt, der Bundestag, der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), das Goethe-Institut sowie die Botschaft der USA.

Projekte

Der Verein bietet verschiedene interkulturelle Programme an. Dazu zählen Schulbesuche bzw. -austausche, Freiwilligendienste, Sprachreisen, Auslandspraktika und Au-Pair-Programme. Die Reisen sind allein, aber auch im Rahmen von Gruppenprogrammen möglich. Vermittelt wird zwischen über 70 Ländern, auch in deutsche Gastfamilien, für Kurzzeit- (ein bis vier Wochen) oder Langzeit-Aufenthalte (drei Monate bis hin zu einem Jahr). Im Rahmen eines Freiwilligendienstes (ab vier Wochen) werden so

gemeinnützige Projekte (zum Beispiel in Sachen Umwelt, Bildung oder Gesundheit) in Afrika, Asien, Europa, Neuseeland, Nord- und Lateinamerika unterstützt. Experiment e.V. ist Entsendeorganisation für die geförderten Freiwilligendienste Internationaler Jugendfreiwilligendienst (IJFD), Europäischer Freiwilligendienst (EFD) und weltweit. Auslandspraktika sind innerhalb eines Zeitraums von vier Wochen bis zu einem Jahr in insgesamt zehn Ländern (unter anderem Australien und China) möglich und werden individuell nach den Wünschen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gestaltet. Außerdem bietet Experiment e.V. Stipendien wie das „Kulturentdecker“-Stipendium für Haupt-, Real- und Förderschüler an, um deren Teilnahme an interkulturellen Austauschprogrammen zu fördern.

Perspektiven für Studenten

Neben den Auslandspraktika und Freiwilligendiensten, die über Experiment e.V. erfolgen, werden auch vergütete Praktika für die Dauer von 3 Monaten für Studenten angeboten, die ein Praktikum im Verein selbst absolvieren möchten. Diese sind in vielen Programmbereichen möglich, Auslandserfahrungen sind von Vorteil. Die Ansprechpartnerin dafür ist Eva Kirch (kirch@experiment-ev.de).



Kontakt:

Experiment e.V.
The Experiment in International Living
Gluckstrasse 1
53115 Bonn
www.experiment-ev.de



Gesellschaftliche Vielfalt

Don Bosco Mission Bonn - Für die Jugend dieser Welt

Hintergrund:

Die Don Bosco Mission geht auf eine Initiative des Turiner Priesters, Seelsorgers und Pädagogen Giovanni Bosco („Fröhlich sein, Gutes tun und die Spatzen pfeifen lassen“) zurück. Schon vor 150 Jahren erkannte er, wie wichtig es ist, benachteiligten Kindern und Jugendlichen zu helfen, sich eine Zukunft aufzubauen. Alle jungen Menschen sollten die Chance erhalten, am gesellschaftlichen Leben zu partizipieren. Seine Idee war es, ihnen mit Vorsorge, Pädagogik und christlichen Werten zu einer besseren Zukunft zu verhelfen. Damit seine Arbeit auch nach seinem Tod weitergeführt werden konnte, gründete er den Orden der Salesianer Don Boscos, der bis heute in mehr als 130 Ländern weltweit aktiv ist.

Schwerpunkte:

Die Don Bosco Mission in Bonn unterstützt die weltweiten Projekte der Salesianer Don Boscos für Kinder und benachteiligte Jugendliche. Ein Schwerpunkt der Projekte sind Straßenkinder. An weltweit ca. 1950 Standorten in 130 Ländern

engagieren sich rund 300.000 haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter für insgesamt 16 Millionen Kinder. In Bonn werden auch Unterrichtsmaterialien für Lehrer und Schüler herausgegeben sowie Schulbesuche angeboten. Zudem werden im Rahmen des Programms Don Bosco Volunteers junge Freiwillige zur Unterstützung von Don Bosco Zentren in aller Welt entsendet.



Projekte:

Jährlich werden über 500 Projekte mit mehr als 6 Mio. Euro gefördert. Ein aktuelles Projekt der Don Bosco Mission ist die Hilfe beim Kampf gegen Ebola in Sierra Leone. Mehr als 9.500 Kinder sind dort zurzeit von der Epidemie betroffen, viele sind zu Halb- oder Vollwaisen geworden, viele wurden auch wegen der Erkrankung von der Familie verstoßen. Die Mitarbeiter vor Ort bieten den Kindern eine Unterkunft und warme Mahlzeiten. Es wurde eine Child Hotline eingerichtet, bei der Kinder und Jugendliche beraten werden. Zudem klären die Don Bosco Mitarbeiter über Ebola auf.

Perspektiven/Praktika:

Bei der Don Bosco Mission kann ein Freiwilliges Soziales Jahr absolviert werden. Auch Praktika in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Projektbearbeitung und Bildungsarbeit sind möglich. Die Stellen werden auf der Website ausgeschrieben. Neben Spenden können auch Aktionen wie Spendenläufe oder Bazare organisiert werden, um benachteiligte Kinder und Jugendliche weltweit zu unterstützen.



© Don Bosco Mission



Kontakt:

Don Bosco Mission Bonn
Sträßchensweg 3
53113 Bonn
www.donboscomission.de



Weitere Organisationen:

- Fairtrade Labelling Organizations International – FLO
- FEMNET e.V.
- Germanwatch e.V.
- IPC - International Paralympic Committee
- Kinder- und Jugendring Bonn e.V. (KJRB)
- NADA – Nationale Anti Doping Agentur
- Save me - Kampagne Bonn

Weltladen Bonn e.V.

Hintergrund:

Der Verein Weltladen Bonn ist noch relativ jung, er wurde im Mai 2013 gegründet. Im September 2013 übernahm er den bereits seit über 20 Jahren existierenden Weltladen in der Maxstraße von den bisherigen Betreibern, die ihn aus organisatorischen Gründen nicht mehr weiterführen konnten. Ziel ist es, das Thema „Fairer Handel“ verstärkt in die Köpfe der Menschen zu bringen. Dies soll auch mit Bildungs- und Veranstaltungsangeboten geschehen.



Schwerpunkte:

Zentrale Anlaufstelle des Weltladenvereins ist der Laden in der Bonner Alt-/Nordstadt, Maxstraße 36. Ausschließlich von ehrenamtlichen Mitarbeitern geführt, findet sich hier nicht nur eine große Auswahl an Lebens- und Genussmitteln, sondern auch Spielzeug, Babykleidung, Kunsthandwerk, Schmuck, CDs, Taschen, Körbe, Schals und vieles andere mehr. Neben Nachhaltigkeit und gerechtem Handel wird der Fokus auf Qualität gelegt. Außerdem gibt es im Laden die Möglichkeit, bei Lieferanten des Weltladens versandkostenfrei aus Katalogen Bestellungen aufzugeben, wenn beispielsweise ein bestimmtes Produkt im Laden nicht geführt wird, nicht mehr vorhanden ist oder eine spezielle Größe gewünscht wird.

Projektarbeit:

Neben dem Verkauf im Laden arbeiten viele ehrenamtliche Mitarbeiter hinter den Kulissen: In der Einkaufsgruppe werden das Sortiment bestimmt und neue Produkte ausgesucht. Das Veranstaltungsteam organisiert mindestens einmal im Monat (in der Regel jeden 2. Mittwoch des Monats) Vorträge und Diskussionen zu allem, was mit Fairem Handel, entwicklungspolitischen Themen und Nachhaltigkeit zu tun hat. Der Weltladen möchte damit auch den vielen Initiativen in Bonn Gelegenheit geben, ihr Engagement bekannter zu

machen sowie zu Diskussion und zur Vernetzung anzuregen. Das Team für Bildungsarbeit setzt sich für eine stärkere Fokussierung des Themas schon bei Kindern und Jugendlichen ein. In

Schulen oder Jugendorganisationen wird beispielsweise der Weg der Schokolade hierher oder die Herstellung von Fußbällen erklärt. Auch können Lehrer oder Gruppenleiter Bildungskoffer mit Materialien zu verschiedenen Themen ausleihen. Zudem nimmt der Weltladen auch an externen Veranstaltungen anderer Organisationen oder Initiativen teil wie zum Beispiel mit einem

Stand beim alljährlichen Frühlingsmarkt auf dem Münsterplatz, beim UN-Fest oder beim Tag der Biodiversität im Botanischen Garten.

Perspektiven/Praktika:

In allen oben genannten Bereichen werden helfende Hände gesucht. Schon zwei Stunden in der Woche im Laden werden dankend angenommen. Das Team trifft sich jeden zweiten Dienstagabend um 19 Uhr im Laden, um Aktuelles zu besprechen. Interessierte können entweder dort vorbeikommen, während der Öffnungszeiten einen Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin ansprechen oder sich per Mail (info@weltladen-bonn.org) an den Weltladen wenden. Ohne großen Zeitaufwand kann man den Laden außerdem mit einer Mitgliedschaft im Verein unterstützen. Näheres findet sich auf der Website unter www.weltladen-bonn.org – hier kann man sich auch für den regelmäßigen Bezug des Newsletters eintragen, der jeden Monat über die aktuellen Veranstaltungen und Aktionen im Weltladen informiert.



Kontakt:

Weltladen Bonn e.V.
Maxstraße 36
53111 Bonn
www.weltladen-bonn.org

Point of view - Ebola

Knapp ein Jahr nach Ausbruch der Ebola-Epidemie in Westafrika ist die Krankheit noch nicht besiegt. Für die Medien scheint die Katastrophe aber uninteressant zu werden. Zwei Studentinnen des IPWS melden sich zu Wort.

Wer hat Angst vor'm schwarzen Mann?

Afrika als Krisenkontinent. Schwarze Menschen, gezeichnet von schwerer Krankheit, überfordert mit dem Krisenmanagement auf ihrem eigenen Kontinent, angewiesen auf die Hilfe weißer, erfahrener und Heil bringender Mediziner aus dem Westen. Kleine Waisenkinder, die auf ihre Eltern immer noch jenseits der Zäune der Quarantäne-Stationen warten, obwohl diese nie wieder kommen werden. Gelbe Anzüge, die akribisch nach jedem Kontakt mit an Ebola Erkrankten gewaschen, zerschnitten und verbrannt werden müssen. Und immer die Frage: Was, wenn ein tapferer deutscher Helfer sich in Guinea oder Sierra Leone mit dem Ebolavirus infiziert und ihn unerkannt mit nach Deutschland bringt? Ist Deutschland vorbereitet auf eine mögliche Epidemie? Wie viele Betten können vorgewiesen werden? Wie stehen die Heilungschancen hierzulande?

Keine Frage: Über die Auswirkungen der akuten, humanitären Katastrophe in Westafrika muss Bericht erstattet werden. Genauso über die zahlreichen ehrenamtlichen Helfer aus aller Welt, die mit ihrem Fachwissen und Engagement vor Ort Großes leisten. Aber wo sind die Bilder von afrikanischen Ärzten, die unter Einsatz ihres Lebens und unter widrigsten Bedingungen Ebola den Kampf angesagt haben? Wo ist die Berichterstattung über strukturelle Probleme in den Gesundheitssystemen der 54 Staaten, die reduziert werden auf das Opfer „Afrika.“? Ein weit verbreiteter Irrglaube an einen Kontinent, der Hilfe nur empfangen, keinesfalls aber selbst organisieren könne. In Nigeria gelang es trotz schlechter Bedingungen, die Verbreitung von Ebola einzudämmen. Das Land gilt als frei von Ebola. Das ist dem vergleichsweise guten Gesundheitssystem und der Tatsache geschuldet, dass alle Kontaktpersonen von Infizierten sofort benachrichtigt wurden. Wo ist die Berichterstattung über solch einen Erfolgsfall? Im Gegenteil: In Deutschland fokussiert sich ein beträchtlicher Teil der medialen Berichterstattung über Ebola darauf, die „Angst vor'm schwarzen Mann“ noch weiter zu schüren. In Oberhausen zeigte ein vor kurzem nach Ghana gereister dunkelhäutiger Mann Ebola-ähnliche Symptome.

Die Bio-Task-Force der Stadt Essen rückte aus, evakuierte Teile der Umgebung und stellte neun Personen unter Quarantäne. Dass es in Ghana zur Zeit keinen einzigen Ebolafall zu verzeichnen gibt war dabei nicht von Belang. Es reicht wohl schon, sich als dunkelhäutiger Mensch in einer Bahn zu übergeben und der Verdacht auf Ebola ist gegeben. Der freiwillige Ebolahelfer Heiner Fricke etwa wurde von Sat.1 eingeladen, über seinen Einsatz in Liberia ein Interview zu geben – und kurz vorher wieder ausgeladen, weil die Angst zu groß war, er könne den Virus noch in sich tragen. Wahrscheinlich aber können sich viele nicht davon frei sprechen, Angst vor einer Epidemie in Deutschland zu haben. Ist das denn so verwerflich? Nein, ist es nicht. Es handelt sich um eine irrationale Angst, da es zur Zeit noch kein Gegenmittel gegen Ebola gibt. Und vermutlich ist es halt sicherer, erst einmal so zu tun, als ob man es jedes Mal mit dem Ernstfall, dem „worst case“, zu tun habe. Die Berichterstattung über die Ebola-Ausbreitung beginnt häufig mit dem Aufhänger, dass sich zwei Krankenschwestern in Dallas mit dem Virus infiziert haben. Seit Ausbruch der Epidemie sind in vier afrikanischen Staaten aber mehr als 17.000 Menschen an der Viruskrankheit gestorben. Offensichtlich wird hier mit zweierlei Maß gemessen.

Die Ausgewogenheit der deutschen bzw. westlichen Berichterstattung ist also nicht gegeben. Über die strukturellen Faktoren zur Bekämpfung von Ebola und anderen hochgradig ansteckenden Krankheiten müsste ebenso diskutiert und berichtet werden. Eine langfristige Strategie zum Auf- bzw. Ausbau der maroden Gesundheitssysteme in den 54 afrikanischen Staaten muss nicht nur von politischer Seite auf die Agenda, sondern auch von medialer Seite auf diese gesetzt werden. Policy windows sind bekanntermaßen nicht für lange Zeit geöffnet – wenn also nicht jetzt, wann dann?



Chantal Grede studiert im ersten Semester M.A. Politikwissenschaft

Gesellschaftliche Konsequenzen der Ebola-Epidemie

In Zeiten des Mittelalters verrieten sogenannte Pestglöckchen schon von weitem die Ankunft eines Pestkranken. Man wusste, dass ein Ausätziger, ein Unberührbarer kam, den es zu meiden galt – sofern einem das eigene Leben lieb war. Das war berechtigt.

Begibt man sich heute auf eine kleine Reise durch die Medienlandschaft, drängt sich der mehr als beunruhigende Eindruck auf, dass die Pestglöckchen als Symbol der Marginalisierung mancherorts durch schwarze Hautfarbe abgelöst wurden. Das wiederum ist nicht einmal ansatzweise berechtigt. Mit dem Ausbruch des Ebola-Virus geht weltweit ein schockierendes Wiederaufleben rassistischen Gedankenguts einher. Mitte 2014 sorgte der ehemalige Vorsitzende des Front National, Jean-Marie Le Pen, für Furore, als er in einer Rede davon sprach, dass „Monsieur Ebola“ endlich gekommen sei, „um das Einwanderungsproblem zu lösen.“ Damals wurde diese Aussage als bizarre Einzelmeinung abgetan, die den Irrungen und Wirrungen eines alternden Rechtspopulisten entsprang – mit bitterem Nachgeschmack. Wenig später wurde das verheerende Ausmaß von Ebola bekannt und der Westen reagierte. Als bald zeigten sich die Industrienationen unterstützend und streckten viel zu spät eine behandschuhte, helfende Hand gen Westafrika aus.

Parallel zu den verzweifelten Versuchen, die Seuche vor Ort einzudämmen, verbreitet sich weltweit das Virus der Angst. Meldungen aus allen Teilen der Welt lesen sich wie Auszüge aus einem apokalyptischen Roman, in dem um das nackte Überleben gekämpft wird. Die Angst vor einer Ansteckung schürt zunehmend Misstrauen und Vorurteile. In Rom wird eine schwarze Frau beschuldigt, mit Ebola infiziert zu sein und dafür im Bus zusammengeschlagen. In Mississippi versammeln sich aufgebrachte Mütter vor einer Schule, deren Direktor kürzlich nach Sambia gereist war. Sie forderten seine Freistellung für mindestens drei Wochen – die Inkubationszeit für eine Ebola-Infektion. Andere behalten ihre Kinder von vornherein zuhause oder halten sie von schwarzen Kindern

fern. Entgegen der Schlagzeilen kommt es auch in Deutschland zur vermehrten Stigmatisierung von Schwarzen. Dabei werden alle afrikanischen Nationen in einen Topf geworfen. Darüber, dass sich das Virus bis dato in „nur“ knapp fünf von 54 afrikanischen Staaten ausgebreitet hat, wird dabei gekonnt hinweggesehen. Verbale Attacken auf Schwarze in Deutschland beschränken sich nicht nur auf Fußballstadien, sondern finden sich auch immer wieder in Reden bekannter rechter Politiker. Erwartungsgemäß instrumentalisiert vor allem die NPD Ebola, um für eine strengere Einwanderungspolitik zu werben und fordert sofortige Einreiseverbote für westafrikanische Staatsbürger – nicht ihre erste schlechte Idee. Leider lassen sich ähnliche Aussagen auch aus der ideologischen Mitte vernehmen. Das eigentliche Problem liegt aber vielmehr darin, dass Übergriffe mit rassistisch motiviertem Hintergrund zunehmen und anscheinend salonfähig werden. Angst vor der Ansteckung mit dem Ebola-Virus oder vor der Islamisierung des Abendlandes – immer mehr Menschen projizieren Sorgen um das eigene Wohlergehen und ihre Identität auf die, die fremd erscheinen. Der sonst so aufopferungsvolle Mitteleuropäer ist das Missionieren Leid und versagt afrikanischen Staaten seine Hilfe. Ausgerechnet in einer Notsituation, die ausnahmsweise durch Förderungen zu lösen wäre.

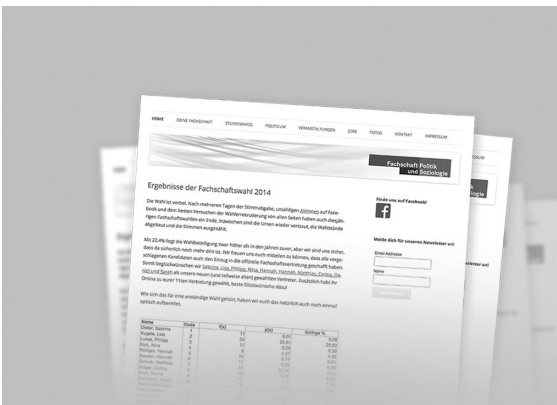
Schlimmer noch, er zieht sich nicht nur aus Krisenregionen zurück, sondern verschließt sich einer multikulturellen, pluralistischen Gesellschaft. Er stellt Teile davon unter Generalverdacht. Mal wieder sucht man einen Sündenbock, der auch ganz ohne Glöckchen optisch leicht zu identifizieren ist und aufgehalten werden muss. Das ist ein Schritt zurück. Verteilen wir weiterhin prophylaktisch Unmengen an Glöckchen, wird die Stimme der Vernunft unter all dem Lärm schon bald nicht mehr zu hören sein.



Hannah Rüdiger
studiert im dritten Semester
Politik und Gesellschaft

Unnützes Wissen

1. „Trockensteher“ sind Milchkühe, die vorübergehend nicht gemolken werden, damit sich ihr Organismus erholen kann.
2. Der Vatikan hat seit Oktober 2013 eine Cricketmannschaft.
3. Ein Motorradhelmmodell wurde vom Hersteller in „Präsident“ umbenannt, weil Hollande damit zur Geliebten gefahren sein soll.
4. Die Zugspitze hat eine eigene Postleitzahl: 82475.
5. Ist eine Krötenechse verärgert, spritzt sie Blut aus den Augen.
6. Das Saxofon zählt zu den Holzblasinstrumenten: der Ton wird durch ein Rohrblatt aus Schilfholz erzeugt.
7. Das österreichische Dorf Hallstatt, ein Unesco-Weltkulturerbe, wurde inklusive See eins zu eins in Südchina nachgebaut.
8. Drachen dürfen in Deutschland ohne Genehmigung nur auf eine Höhe von 100m steigen.
9. In Düsseldorf gibt es die einzigen Fußgängerampeln in Deutschland mit Gelbphase.
10. Nokia stellte anfangs Gummistiefel her.
11. Der Abschusscode für US-Atomwaffen lautete fünfzehn Jahre lang: 00000000.
12. Das schwedische Wort für Söldner ist „Legosoldat“.
13. Der Rammstein-Sänger Till Lindemann war in der DDR Leistungsschwimmer und für die Olympischen Spiele 1980 qualifiziert.
14. 400.000 Briten gaben bei einer Volkszählung 2001 an, der Religionsgemeinschaft der Jedi-Ritter anzugehören.
15. Angela Merkel saß in einer Sauna, als die Berliner Mauer fiel.



**Alle Infos
zu jeder Zeit.**

fachschaft-politik.com

Was soll man da verstehen?

PEGIDA und die Politik

Kaum ein Thema wird derzeit in Deutschland so hitzig diskutiert wie die PEGIDA-Bewegung und ihre Namensvettern. Auch in Bonn erfasst das Thema sowohl die universitäre als auch die zivile Landschaft. Mehrere Demonstrationen und riesige Gegendemonstrationen bringen das Thema direkt vor unsere Haustür. Zeit, dass ein Politikstudent dazu die Stimme erhebt.

PEGIDA, DÜGIDA, BOGIDA, FRIGIDA („Friesland gegen die Islamisierung des Abendlandes“) – angesichts der lächerlichen Namen der selbsterklärten „Volksbewegung“ könnte man an ein Revival des Dadaismus denken. Und auch wenn eine Menge Humor sicherlich dabei hilft, das Ausmaß an Menschenfeindlichkeit und Ressentiments auszuhalten, welches sich derzeit zeigt, so überwiegt angesichts erschreckend hoher Zustimmungsraten in der Bevölkerung zu PEGIDA eine tiefe Beunruhigung. Wie kann es sein, dass bar jeder Faktenlage insbesondere gegen Flüchtlinge offen gehetzt wird, gegen Menschen, die alles verloren haben, traumatisiert sind und unser tiefstes Mitgefühl verdienen?

Deutlich muss man sagen: Verantwortung für das Phänomen PEGIDA hat sich die, gerade mehr als ratlos erscheinende, Politik selbst zuzuschreiben. Die Schlagwörter, die Vertreter der „Abendländer“ im Munde führen, haben sie sich nicht selbst ausdenken müssen. Nein, abwertende Begriffe und Phrasen, die eine chauvinistische Weltsicht bereits in sich tragen, sind von der etablierten Politik spätestens seit den 90er Jahren in den politischen Diskurs eingebracht worden. „Asylanten“, „Asylmissbrauch“, „Wirtschaftsflüchtlinge“, „Ausländerkriminalität“, „Flüchtlingsflut“, „Ausländer, die in der sozialen Hängematte liegen“, „Das Boot ist voll!“ – dieses Sammelsurium an demagogischer Sprache wurde nicht in den Straßen Dresdens geboren, sondern im Bundestag, in den Leitartikeln großer Zeitungen und in den Zentralen von Volksparteien. Insbesondere diverse Innenminister, wie Schäuble, Schilly, de Maizièrre und Friedrich, wussten nur zu gut auf dieser Klaviatur zu spielen.

Die absolute Bankrotterklärung ist es nun, wenn Teile der Politik – auch einem bereits genannten Innenminister ist dies vorzuwerfen – dazu auffordern, die Menschen, die „gegen die Islamisierung

des Abendlandes“ demonstrieren, zu verstehen.

Was gibt es zu „verstehen“, wenn gegen eine Islamisierung demonstriert wird, die nicht stattfindet? Wenn gegen Asylbewerber vorgegangen wird, die nicht kriminell sind, sondern kriminalisiert werden? Was gibt es an der Idee einer „Volksgemeinschaft“ zu verstehen, die 1945 unter dem Einsatz von „blood, sweat and tears“ beerdigt wurde? Unerträglich ist dies von einer Politik, die es bis heute nicht geschafft hat, den Morast der NSU-Morde aufzuklären und Konsequenzen für die Sicherheitsapparate zu ziehen. Unerträglich ist dies angesichts der eigenen Verantwortung dafür, dass dem Chauvinismus und der Menschenfeindlichkeit mit Worten und Taten (Stichwort „Festung Europa“) überhaupt erst der Boden bereitet wurde.

Zunächst in Berufung auf die innere Sicherheit ganze Menschengruppen zu „Gefährdern“ und „Kriminellen“ zu erklären und sich dann über das Geschehen in Dresden und anderswo zu wundern, ist heuchlerisch. Der Journalist Stefan Laurin beschreibt diesen Sachverhalt kurz und bündig mit: „Wer Politik mit Angst betreibt, erntet autoritäre Bewegungen.“

Der Gipfel ist erreicht, wenn solchen Bewegungen auch noch Verständnis entgegengebracht wird. Der Extremismus der Mitte, der sich gerade zeigt, ist genauso brandgefährlich, im wahrsten Sinne des Wortes, wie der Extremismus der Rechten. Er ermutigt Letztere „im Namen des Volkes“ zu handeln. Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen mahnen – Ressentiments und Menschenfeindlichkeit gehören bekämpft, nicht verstanden.



Lukas Mengelkamp
studiert Politik und Gesellschaft

Hands Up, Don't Shoot – Der Fall Ferguson und seine Folgen

von **Paulin Sander**

Am 9. August 2014 wurde der 18-jährige schwarze Jugendliche Michael Brown mit sieben Schüssen von dem weißen Polizisten Darren Wilson in Ferguson, Missouri, erschossen. Infolgedessen brach eine Welle von Protesten los, die es so in den USA seit den „Rassenkämpfen“ der 60er Jahre nicht mehr gegeben hatte.

Der Tathergang ist umstritten – ob Brown, wie anfangs vermutet, vorher einen Ladendiebstahl beging, wird mittlerweile angezweifelt. Dennoch rechtfertigt ein einfacher Ladendiebstahl keine gezielt abgefeuerten Schüsse. Zum Vergleich: nach dem Amoklauf mit zwölf Toten im Kino von Aurora wurde der Todesschütze lebend festgenommen, obwohl von ihm augenscheinlich größere Gefahr ausging. Auch ob Michael Brown die Hände erhoben hatte – also anzeigte, nicht bewaffnet zu sein – ist nicht ganz klar. Es gibt zwei Zeugenaussagen, die Wilsons Aussage, der Jugendliche habe sich gefährlich auf ihn zubewegt, stützen. Dagegen gibt es zwölf Zeugen, die aus sagten, Wilson habe die Hände erhoben gehabt, als ihn die Schüsse trafen.

Aus dem Symbol dieser erhobenen Hände entwickelte sich der Leitspruch, der die Demonstrationen im Anschluss an Browns Tod begleiten sollte: „Hands Up, Don't Shoot“. Die Proteste in der Stadt Ferguson dauerten von August bis weit in den September hinein. Es kam zu Gewalt von und gegenüber Protestanten. Nachdem Ende November eine Grand Jury beschloss, kein Verfahren gegen Darren Wilson einzuleiten, kam es zuerst erneut in Ferguson und schließlich in allen großen Städten der USA zu Demonstrationen. Dass sich diese Proteste ausweiten konnten und noch dazu in fast allen Bevölkerungsschichten Befürworter und Gegner fanden, liegt vor allem an der Tatsache, dass der Tod von Michael Brown leider kein Einzelfall ist. Allein in den letzten Jahren kommen einem zahlreiche Namen in den Sinn. Der des 17-jährigen Trayvon Martin, der vor einer Nachbarschaftswache erschossen wurde. Der des 12-jährigen Tamir Rice, der wegen einer Spielzeugpistole in seiner Hand von einem Polizisten erschossen wurde, oder

aber der des New Yorkers Eric Garner, der durch den Einsatz eines verbotenen Würgegriffs von der Polizei getötet wurde. Im letzten Fall liegt sogar Videobeweismaterial vor. Trotzdem wurde auch gegen diesen Polizisten kein Verfahren eingeleitet.

Die Frage ist, ob wir uns nicht auch hierzulande Gedanken um Problemfelder wie Polizeigewalt oder Rassismus machen müssen. Es ist nicht möglich, die Vergehen weißer Polizisten in den USA zu kritisieren, ohne auch das Misstrauen und die Gewalt in unserer Gesellschaft gegen Ausländer, Migranten oder Deutsche, die „anders“ aussehen, anzuprangern. Dennoch gibt es klare Unterschiede; so ist die Polizeiausbildung in den USA viel stärker auf Einsatz von Schusswaffen ausgerichtet. Interne Disziplinarverfahren gegen Polizisten bleiben aus, Darren Wilson beispielsweise befand sich von August bis Ende November im bezahlten Urlaub und kündigte dann. Auch hat der Einsatz längst verbotener Manöver kaum Konsequenzen und die Ausstattung der amerikanischen Polizei reicht teilweise an die des Militärs heran. Zudem beschränkten Polizisten, gerade in Ferguson, die Pressefreiheit ausländischer Journalisten.

Ausserdem gibt es in den USA eine ganz andere Art und Weise von Rassismus, gegen den sich die neue Bürgerrechtsbewegung in erster Linie richtet. In Deutschland kommt es viel häufiger zu Fremdenfeindlichkeit gegenüber Flüchtlingen oder Migranten. In den USA dagegen fußt auch heute noch ein großer Teil des gesellschaftlichen Systems auf der gezielten Benachteiligung von Schwarzen oder Native Americans. Diese systemischen Probleme gilt es, auch von der Politik, zu überwinden. Da es momentan aber wenig Tendenzen dazu gibt, auch nach den letzten Ereignissen, wird den US-Amerikanern wohl auch weiterhin nichts anderes übrig bleiben, als auf die Straße zu gehen und zu demonstrieren.



Paulin Sander studiert
Politik und Gesellschaft

Das Wegsehen - Vergessene Konflikte

von Daniel Stich

The conflict in northern Uganda is the biggest forgotten, neglected humanitarian emergency in the world today.“ Mit klaren Worten und einer traurigen, unbeschönigten Wahrheit schreckte der damalige UN-Vizegeneralsekretär für Humanitäre Angelegenheiten, Jan Egeland, auf einer Pressekonferenz in Nairobi am 11. November 2003 die Welt aus ihrer desinteressierten Passivhaltung. Mit seiner alarmierenden Beschreibung avanciert der Krieg der LRA-Rebellen (Lord's Resistance Army) unter Joseph Kony zu einem der bekanntesten und erschütterndsten Beispiele der Selektivhilfe bzw. -aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft. Der Bürgerkrieg in Norduganda dauerte zu diesem Zeitpunkt bereits ca. 17 Jahre an. In seinem Verlauf vom Ende der 80er Jahre bis zu gescheiterten Friedensverhandlungen 2008 wurden ca. 1,7 Millionen Menschen zu Flüchtlingen und bis zu 25.000 Kinder zu Soldaten oder Sklaven gemacht. Neun Jahre vor Egelands Aussage war vor den krampfhaft geschlossenen Augen der Welt in Ruanda eines der schrecklichsten Verbrechen in der Geschichte des afrikanischen Kontinents begangen worden.

Mitte 1994 wurden zwischen 800.000 und 1.000.000 Stammesangehörige der Tutsi sowie moderate Hutu ermordet. Die Welt hatte nicht gelernt und wenn wir heute um 20 Uhr die Nachrichten einschalten oder beim Kaffee in der aktuellen Zeitung Neues von den Konflikten und Katastrophen unseres Planeten erschnüffeln, dann dürfen wir nie vergessen, dass das, was wir da lesen, meist nur einen Ausschnitt des Leids aller darstellt.

Regelmäßig erstellen humanitäre Nichtregierungsorganisationen (NRO) Listen über vergessene Krisen. Wer das Internet durchforstet, ist erschrocken über die Zahlen und Fakten, auf die man da stößt und mit denen man es am liebsten so halten möchte, wie es bisher war: Nicht-Wissen. „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“, scheint das Motto zu sein, wenn es um mehr als zwei Millionen vor Rebellen flüchtende Menschen im Südsudan, um mehr als 800.000 Flüchtlinge in der Zentralafrikanischen Republik oder um 40%

HIV-Infektionen bei Schwangeren in Swasiland geht. Die internationale Öffentlichkeit präsentiert sich als ein vermeintlich unbeeindruckter Haufen von Bad-News-Junkies, denen ein akut mangelernährtes Kind aus dem Tschad nur noch ein müdes Seufzen abringen kann. Sie holen sich ihren Kick gutes Gewissen durch Spendengelder für humanitäre Projekte im nahen Syrien, einem aktuelleren Konfliktherd.

„Ein Opfer ist eine Tragödie, zehntausend ist nur Statistik.“, so die eiskalte Erkenntnis von Josef Stalin. Maximiert wird dieser Effekt durch die Entfernung zum Geschehen sowie durch die Dauer. Tatsächlich sind es die Übergangshilfe und die Entwicklungszusammenarbeit, die es schwer mit der Spendenacquire haben. Von langfristiger und nachhaltiger Aufbauhilfe könnten aber alle profitieren. Für brandneue Katastrophen, bestenfalls mit Erdbeben, Tsunami oder Vulkanausbruch, und ohne unangenehme politische, kulturelle, religiöse und/oder militärische Reibereien ist jedoch stets Geld da. Prävention scheint ein irrelevanter Vergangenheitswunsch geworden zu sein.

Afrika ist führendes Beispiel, wenn es um die schnelle Langeweile notorischer Gutmenschen hierzulande geht. Selbst der Trubel um Ebola in Westafrika flacht bereits allmählich ab – und das in einer Phase, in der erst vom Anfang der wesentlich schwerer ausfallenden Langzeitfolgen wie Wirtschaftskrisen, Hungersnöten und sozialen sowie kulturellen Umbrüchen die Rede sein kann.

Das Menschenrecht und die humanitäre Charta bringen auf den Punkt, was längst in unserem Eine-Welt-Gewissen verankert ist, jedoch nicht in unseren alltäglichen Gedanken: Jeder Mensch hat ein „Recht auf ein Leben in Würde“, das „Recht auf Schutz und Sicherheit“ und das „Recht auf humanitäre Hilfe.“ Die Botschaft der Worte ist klar: Der sog. „humanitäre Imperativ“ stellt ein grundlegendes Recht aller Menschen dar. Das Recht auf Hilfe in einer humanitären Notlage, aus der es aus eigener Kraft keinen Ausweg gibt. Das kann nicht heißen, dass wir wie verrückt für ein paar Mona-

te Care-Pakete auf jede neue Katastrophe werfen, die durch unseren Facebook-Newsfeed flattert. Das heißt vielmehr, dass wir als internationale Gemeinschaft auch abseits der wichtigen akuten humanitären Nothilfe langfristig unterstützen müssen. Als Basis unserer staatlichen Strukturen sind wir als Bürger in der Verantwortung: Es ist unsere Aufgabe, die Augen für anhaltendes Leid, aber auch für vergessene Konflikte offen zu halten. Einen besonderen humanitären Beitrag können wir beispielsweise durch unsere AlltagsEinstel-

lung oder unser Konsumverhalten leisten, da so kein Mensch vorgezogen wird. Einen Beitrag, der hoffentlich langfristiger und nachhaltiger ist als ein Sack Reis für die Philippinen.



Daniel Stich studiert im dritten Semester Politik und Gesellschaft

Zivilcourage ist angesagt

von **Katharina Hueske**

Ein Ereignis, das mich in den letzten Monaten des vergangenen Jahres sehr betroffen und zugleich wütend gemacht hat – der Fall Tugce Albayrak. Eine junge Frau († 23) setzt sich für ein paar Jugendliche ein, die von einer Gruppe Männer belästigt werden. Alles geschieht in der Nähe der Toilette des McDonald's in Offenbach. Die Männer verlassen daraufhin die McDonald's Filiale und lauern Tugce anschließend auf. Auf dem Parkplatz des Fast-Food Restaurants kommt es schließlich zum gewaltsamen Übergriff, der zunächst mit dem Fall ins Koma endete, jedoch zum Gehirntod der jungen Frau führte. Der Täter: ein Mann, 18 Jahre alt, polizeibekannt. An ihrem 23. Geburtstag lassen die Eltern die lebenserhaltenden Maßnahmen für Tugce abstellen. Was bleibt ist die Frage: Wie kann es sein, dass jemand, der Zivilcourage zeigt, dafür mit seinem Leben bezahlen muss?

Wir alle erinnern uns bestimmt noch an den Fall Dominik Brunner († 50). Er wurde damals an einer S-Bahnhaltestelle in München tödlich von zwei Jugendlichen zusammengeschlagen. Was die beiden Fälle gemeinsam haben: Tugce und Dominik haben sich für andere stark gemacht und waren dennoch alleine. Beide sind an ihren Verletzungen gestorben. Aus keinem der Polizeiberichte geht hervor, dass zusätzlich jemand anderes eingegriffen und sie unterstützt hat. Sie gegen junge Männer, die vor Gewalt nicht zurückschreckten. Diese

Fälle haben sich in den Köpfen der Gesellschaft festgesetzt. Die Bereitschaft, sich für Schwächere einzusetzen, ist vermutlich gesunken. Denken vielleicht viele mittlerweile mehr darüber nach, ob sie bei Situationen wie diesen dazwischen gehen oder sich zurückhalten, um sich selbst vor brutalen Übergriffen zu schützen? Es ist meines Erachtens nach der falsche Weg. Wenn Täter sich sicher sind, dass sie willkürlich Unschuldige belästigen und bedrohen können, gerät vieles ins Ungleichgewicht. Täter müssen durch das Einschreiten anderer gehemmt werden. So kann vielleicht Schlimmeres verhindert werden.

Auch wenn die oben genannten Fälle leider nicht gut ausgegangen sind, haben sie dennoch etwas bewirkt. Die Diskussion über Zivilcourage ist aktueller denn je. Niemand möchte, dass Menschen für ihren Mut mit ihrem Leben bezahlen müssen. Was unsere Gesellschaft braucht, sind Menschen die sich für andere Menschen einsetzen, sobald diese in Not geraten. Zivilcourage sollte weiterhin gelebt werden und Vorfälle wie diese nicht als abschreckendes Beispiel fungieren.



Katharina Hueske studiert Politik und Gesellschaft

Demokratur - Time to change?!

von Jennifer Wilhelm

Die liberale Demokratie ist das Ende der ideologischen, menschlichen Entwicklung und die finale Form der menschlichen Regierung“, so Francis Fukuyama 1992. Die Demokratie ist demnach also das Ende der Fahnenstange und ein stabiles, unangreifbares, unzerstörbares, unankratzbares, gegebenes System. Das ist großartig! Somit können wir uns alle ganz gemütlich mit einem Glas Whisky in unseren Lieblingssessel setzen und auf unseren Tablets die neuesten Nachrichten aus aller Welt verfolgen. Die tangieren uns aber natürlich nur mäßig, denn wir Deutschen leben ja in einem demokratischen System. Aber: Das tun die Spanier doch auch. Und die Franzosen. Und die Iren, die Briten, die Katalanen, die Schotten. Alles demokratische Systeme. Ist es nicht komisch, dass es in den letzten Jahren so viele Bewegungen für mehr (direkte) Demokratie gibt, wo wir doch alle in einer Demokratie leben? Stimmt vielleicht mit unserer schönen, heilen Demokratie etwas nicht? Ist sie vielleicht krank oder braucht sie nur ein Update, eine Impfung? Oder ist ein System wie die Demokratie eben nichts Festes, Fixes, sondern muss wachsen und sich entwickeln? Ein lebender Organismus, der krank werden und sterben kann?

Vielleicht wird den Bürgern langsam bewusst, dass ein System wie die Demokratie mit der Gesellschaft wachsen muss, kann und soll und eben nicht „das Ende“ eines Staates und einer Gesellschaft darstellt. Stellen wir vielleicht langsam fest, dass unsere Volksvertreter gar nicht unbedingt unsere Interessen vertreten? Oder dass unsere gewählten Politiker gar nicht mehr so wichtig sind wie Banken, Energiekonzerne und Pharmaunternehmen? Sind wir es leid, nur noch diejenigen zu sein, die Schäden begleichen müssen? Offenbar ist dies keine deutsche Frage, sondern eine europäische. Die Katalanen wollen unabhängig sein, die Schotten hielten sogar ein offizielles Referendum zum Thema. Die Iren gehen gegen die Privatisierung von Wasser auf die Straße, die Spanier gegen Jugendarbeitslosigkeit und für mehr Mitbestimmung, um nur einige Beispiele zu bringen. Der Bürger geht also auf die Straße, demonstriert, kämpft und macht aufmerksam. Und die Entscheidungsträger, unsere gewählten Vertreter, lächeln darüber und machen weiter nach Schema F. Dabei immer wohl bedacht, keinem

Energie- oder Großunternehmer auf den Schlips zu treten und bloß die Wirtschaft zu stärken. Wer ist eigentlich der Souverän eines demokratischen Staates? GG Art. 20 Abs. 2 besagt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Gilt dieser Satz noch für unser postdemokratisches System? Wahlen wirken mehr wie ein zur Demokratie zugehöriges Übel als eine ernsthafte Abfrage der Meinung des Bürgers.

Es kommt doch schon lange nicht mehr auf die Beteiligung der Bürger an, sondern vor allem auf die Ergebnisse und das Diktat der Wirtschaftspolitik. Macht die Reichen reicher und die Armen ärmer! Das scheint eher das Ziel unserer derzeitigen Politik zu sein. Geld regiert eben immer noch die Welt, herzliche Grüße an Monsanto und Co.! Warum gibt es derzeit all die kleinen und großen Bewegungen? Weil den Bürgern wohl langsam bewusst wird, dass wir in einer Scheindemokratie leben. Wer regiert denn? Geld – und Wirtschaftseliten, herzlichen Glückwunsch! All diese Bewegungen könnten ein Zeichen dafür sein, dass die Bürger mehr Mitbestimmung wollen und nicht mehr einfach hinnehmen, was unsere gewählten Vertreter machen. Eine Gegenbewegung zur Postdemokratie vielleicht? Unser demokratisches System (das schließlich schon auf 70 zugeht) scheint eine Reform, ein Update bitter nötig zu haben. Was kommt evolutionär nach der (Post-) Demokratie? Begreift man Demokratie als System oder als lebenden Organismus, dann ist Weiterentwicklung nur die logische Konsequenz. Niemand weiß, wie die Zukunft aussieht. Vielleicht müssen wir also dahin zurück, dass wir die Zukunft mitgestalten können und sollen, innerhalb eines demokratischen Systems. Das bedeutet aber auch, einen schweren Weg zu gehen. Aufzustehen und Menschen zu mobilisieren – und zwar nicht wie HOGE-SA und Co. das momentan machen, mit viel Pauken und Trompeten und vor allem dummen Sprüchen. Es bedeutet, dass wir das alle und miteinander tun müssen, und zwar ohne jemanden auszugrenzen. Das, liebe Neider, wäre übrigens nicht idealistisch oder naiv – das wäre schlicht demokratisch.



Jennifer Wilhelm studiert Politik und Gesellschaft



„Und was genau machst du da?“

Florian Siekmann: Der neue EU Career Ambassador stellt sich vor

Diese Frage habe ich während meiner ersten Wochen als EU Career Ambassador an der Universität Bonn wahrscheinlich am häufigsten gehört. Was ist ein Career Ambassador und was mache ich da? Die Antwort ist eigentlich recht simpel: Ich versuche euch, meinen Kommilitonen, Karriereoptionen und Praktika bei den Europäischen Institutionen vorzustellen und euch zur Bewerbung zu motivieren. „EU Careers“ ist ein Programm des European Personal Selection Office (EPSO), um die Attraktivität der EU als Arbeitgeber herauszustellen, so dass sich möglichst viele Interessenten bewerben. Zu diesem Projekt gehören die „Career Ambassadors“, die es mittlerweile an vielen Universitäten in ganz Europa gibt. Hier in Bonn trete ich in die Fußstapfen meines Vorgängers Helge Dresen.

So weit, so gut. Aber wieso kann es hilfreich sein, sich an mich zu wenden und was qualifiziert mich dazu, euch bei einer Bewerbung zu unterstützen? Zuerst einmal wurde ich zusammen mit etwa 80 anderen „Ambassadors“ Anfang Oktober nach Brüssel zu einer Schulung eingeladen. Dort wurden die einzelnen Auswahlverfahren von Vertretern der Institutionen detailliert erklärt und vorgestellt. Wir hatten außerdem die Gelegenheit, Nachfragen an Personen zu richten, die direkt an den Auswahlprozessen beteiligt sind und diese auch mitgestalten. Damit wurde uns ein solides Grundwissen mit auf den Weg gegeben.

Dennoch kann es natürlich passieren, dass auch wir als „Ambassador“ bei einer Frage nicht sofort weiterhelfen können. Deshalb stehen wir im ständigen Kontakt mit Vertretern von EPSO und können eure Fragen so jederzeit weiterleiten!

Auch die Voraussetzungen zur Bewerbung sind viel simpler, als die meisten von euch denken. Ihr sprecht beispielsweise Deutsch und Englisch? Besitzt die Staatsangehörigkeit eines Staates, der Mitglied der EU ist? Ihr habt bald euren Bachelor-Abschluss? Dann steht einer Bewerbung nichts mehr im Weg! Wenn man betrachtet, was für Chancen und Einblicke einem durch ein Praktikum oder eine Karriere bei der EU eröffnet werden, ist der Aufwand verschwindend gering. Das Auswahlverfahren für Praktika etwa findet ausschließlich online statt! Ich hoffe, ihr gebt euch einen Ruck und versucht es mit einer Bewerbung!

Ihr wisst nicht wie? Es geht ganz einfach und wir helfen euch! Schreibt uns eine Mail, bei Facebook oder wir vereinbaren eine Sprechstunde. Die neuesten Informationen über kommende Veranstaltungen findet ihr auf Facebook. Und wir fangen grade erst an! Also bis demnächst!

Viele Grüße,
Florian



EU Careers Bonn



eucareers.universityofbonn@eu-careers.eu



www.eu-careers.eu

Building Europe

von **Alberto Cassarino**

Meinungen sind immer an die eigene Sichtweise gebunden. Wie wir Dinge erfahren und wahrnehmen ebenfalls. Das Politicum begrüßt daher immer gern internationale Studierende, die uns mit ihrer Sicht auf die Dinge bereichern wollen. Das Schnittthema ist oft klar: die Europäische Union. Sie verbindet 28 Staaten des europäischen Kontinents. Was denkt ein italienischer Student über die EU?

Reden wir ehrlich miteinander, jenseits der politischen Meinungen und der Hoffnungen: Die Europäische Union, trotz ihrer Fehler, scheint ein genialer und effizienter Prozess zu sein. Warum, kann man fragen, soll diese schwache Institution des Adjektivs „genial“ würdig sein? Um das zu erklären, schaut man auf die historischen Prozesse der Völkervereinigung: Was immer eine Nation „aufgebaut“ hat, ist in der Vergangenheit der Militärdienst gewesen – mit der kulturellen Hilfe durch Stiftungen, Schulen und nationalen Monumenten.

Militärdienst bedeutet einfach, Leuten aus verschiedenen Gebieten eines Landes an einem (vom Heimatland losgelösten) Ort eine gleiche Erfahrung zu geben. Was die Identität der Völker geschaffen hat, war also immer nur dieses Nachempfinden von Gefühlen, das Teilen von Erlebnissen. Im Besonderen aber auch die Hilfe zwischen Menschen, die zuvor wahrscheinlich wegen des bequemen gewöhnlichen Lebens voller Vorurteile voll waren und die danach einander vertrauten. Das ermöglicht es nicht nur, die Vorurteile zu überdenken, sondern auch ein gemeinsames Vertrauen zu bilden, auf dessen Grundlage eine gemeinsame Identität und „Nähe“ eigentlich ferner Länder geschaffen wird.

Warum soll das Europa betreffen? Weil Europa es so macht. Weil die Union langsam die Grenzen abzuschaffen versucht, um die Mobilität der Europäer zu unterstützen und besonders wenn sie – wie in meinem Falle – Projekte wie Erasmus schafft, die ähnliche Erfahrungen wie der frühere Militärdienst bieten. Obwohl die Entstehung einer einzelnen Nation keine angemessene Perspektive für Europa sein muss, können wir sehen, dass Europa mit kulturellen und wirtschaftlichen Projekten Annäherung erreichen will – wenn auch zeitweise nur auf Schmuse-

kurs. Dadurch sollen die nationalistischen Strömungen, wie es sie in der Vergangenheit gab, vermieden werden. Schlussendlich können wir nicht wissen, wie es mit der Europäischen Union weitergehen wird. Ob die proeuropäischen Kräfte andere Ergebnisse erreichen werden oder ob die antieuropäischen populistischen Kräfte siegen werden. Wir können nur zweifellos beobachten, dass die Union (neben der Tatsache, dass sie sowohl als Gelegenheit als auch als Hemmnis aufgefasst werden kann) einen neuen Raum darstellt, in dem sich die Zukunft der globalen Kräfte entwickeln kann. Und wir wären erzwungen das zu betrachten, besonders jetzt, da die Idee der Nation zunehmend sinnlos erscheint.

Abschließen möchte ich nun mit dem Zitat eines Philosophen, den wohl nur die Wenigsten mit Europa in Verbindung bringen – Friedrich Nietzsche: „Der Handel und die Industrie, der Bücher- und Briefverkehr, die Gemeinsamkeit aller höheren Kultur, das schnelle Wechseln von Haus und Landschaft, das jetzige Nomadenleben aller Nicht-Landbesitzer – diese Umstände bringen notwendig eine Schwächung und zuletzt eine Vernichtung der Nationen, mindestens der europäischen, mit sich: so daß aus ihnen allen, infolge fortwährender Kreuzungen, eine Mischrasse, die des europäischen Menschen, entstehen muß. Diesem Ziele wirkt jetzt, bewußt oder unbewußt, die Abschließung der Nationen durch Erzeugung nationaler Feindseligkeiten entgegen, aber langsam geht der Gang jener Mischung dennoch vorwärts, trotz jener zeitweiligen Gegenströmungen.“



Alberto Cassarino studiert Politikwissenschaften an der Università degli Studi di Catania (Sizilien). Zur Zeit verbringt er ein ERASMUS-Semester am IPWS.

Ottawa – aus weit weg wird ganz nah

Ein etwas anderer Eindruck

Ende Oktober 2014 wurde Kanada von zwei terroristischen Anschlägen erschüttert. Zuerst wurden zwei Soldaten von einem Auto überfahren, einer der beiden starb. Wenige Tage später wurde ein weiterer Soldat brutal an einem Kriegsdenkmal in Ottawa ermordet.

Ein Student des IPWS absolviert derzeit ein Auslandsjahr an der Universität von Ottawa. Für ihn fanden die Anschläge nicht in einem weit entfernten Land statt. Er war unmittelbar vor Ort. Wie hat er den Anschlag in Ottawa erlebt? Wie war die allgemeine Stimmung in der Stadt? Ein Erlebnisbericht, der mittendrin ist.

Eigentlich hatte ich geplant, für diese Ausgabe des Politcums meine Eindrücke aus Ottawa zu schildern, euch alle zu einem Austauschjahr anzuregen und vielleicht die ein oder andere lustige Anekdote einzustreuen. Dann kam es jedoch zu einem Vorfall, der lustige Geschichten und fröhliche Kommentare ein wenig fehl am Platze erscheinen lässt.

Am Morgen des 22. Oktobers schoss ein verummter Mann auf einen Soldaten der kanadischen Ehrengarde, der zu diesem Zeitpunkt vor dem War-Memorial im Herzen Ottawas stand. Anschließend begab sich der Angreifer zum wenige Meter entfernten Parlamentsgebäude und drang in dieses ein. Durch schnelles Handeln des diensthabenden Sergeant in Arms, Kevin Vickers, konnte größeres Unheil im Parlament verhindert werden. Ich saß bei all diesen Geschehnissen in der Bibliothek und verfolgte, wie auch die Studenten um mich herum, alles über die Newsticker der lokalen Nachrichtenagenturen. An den Gang nach Hause war in diesem Moment nicht zu denken: Etwa eine halbe Stunde nachdem die ersten Schüsse gefallen waren, hatte die Universität aus Sicherheitsgründen einen Lockdown des kompletten Campus angeordnet. Dies bedeutete, dass wir die Bibliothek nicht verlassen konnten und uns möglichst still zu verhalten hatten. Was auf den ersten Blick drastisch erscheinen mag, war bei näherer Betrachtung definitiv eine kluge Entscheidung. Ohne genaue Informationen, was sich wirklich am nur zehn Minuten entfernten Parlament abspielte, war höchste Vorsicht geboten. Deshalb wurden die Vorsichtsmaßnahmen trotz Unannehmlichkeiten doch ertragen.

„Zu dieser Stimmung der Ungewissheit, die leicht in Furcht umschlagen konnte, trugen vor allem die unklaren Medienberichte und Fluten von Tweets bei“

In den Nachmittagsstunden, lange nachdem der Attentäter erschossen worden war, wurde der Lockdown wieder aufgehoben. Zuvor herrschten stets Ungereimtheiten, wie viele Schützen es tatsächlich gab und ob nicht noch weitere Attentäter in der Stadt unterwegs sind. Zu dieser Stimmung der Ungewissheit, die leicht in Furcht umschlagen konnte, trugen vor allem die unklaren Medienberichte und Fluten von Tweets bei, mit denen man im Internet versorgt wurde. Trotz dieser immer noch angespannten Stimmung verließ ich die Bibliothek zum Ende der Ausgangssperre und machte mich auf den Weg nach Hause. Ottawa war zu diesen Stunden ungewohnt ruhig. Wo selbst am Sonntagmorgen reger Verkehr herrscht und die ersten Geschäfte aufmachen, war kaum ein Mensch auf der Straße zu sehen. Mein Wohnviertel beherbergt eine Vielzahl von Bars und Restaurants, doch auch diese waren bis auf wenige Ausnahmen geschlossen. Auch ein langerwartetes Hockey-Derby zwischen Toronto und Ottawa wurde für den Abend abgesagt. Die Stadt stand unter Schock.

Als Ministerpräsident Stephen Harper an diesem Abend eine Ansprache an die Nation hielt, stand bereits fest, dass der junge Veteran seinen Verletzungen erlegen war. Somit war es nicht nur Schock, der über Ottawa am nächsten Morgen lag. Es war auch die Trauer um einen Soldaten, der die Schrecken des Krieges überlebt hatte, nur um in der Hauptstadt des eigenen Landes brutal niedergestreckt zu werden. Die nachfolgenden Tage und Wochen waren von Gedenkveranstaltungen



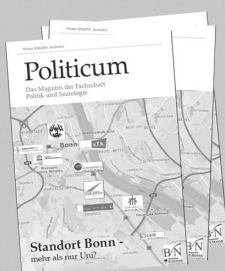
und Solidaritätsbekundungen für Soldaten im und außerhalb des aktiven Dienstes geprägt. Kennzeichnend für Kanada war dabei jedoch, dass zu keinem Zeitpunkt islamfeindliche Stimmen aufkamen, obwohl der Täter aus einem radikal islamischen Umfeld zu kommen schien. Im Gegenteil, die kanadische Zivilgesellschaft stellte sich vermehrt hinter seine muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Somit lässt sich dieser Bericht vielleicht doch mit einem positiven Gedanken schließen. So furchtbar die Attacke auf Kriegsdenkmal und Parlament

auch war, zeigt sich, dass dies nicht zwingend zu Fremdenfeindlichkeit führen muss. Vielmehr konnte gezeigt werden, welche offene Kultur hier im doch oftmals kühlen Norden Amerikas herrscht. Eine, die sich auch durch feige Anschläge auf Unschuldige nicht von ihren Grundgedanken abbringen lässt.



Christian Klatt studiert M.A. Politikwissenschaft an der Universität Bonn. Derzeit absolviert er ein Auslandssemester an der University of Ottawa.



Das Politicum online lesen –
auf fachschaft-politik-soziologie.com/politicum/



Ihr wollt bei uns mitmachen? Dann kommt vorbei!

Die Fachschaft trifft sich während des Semesters jeden Mittwoch um 20 Uhr c.t. im großen Übungsraum, Lennéstraße 27. Ihr erreicht uns außerdem in unseren Sprechstunden: Montags-Donnerstags (im Semester), 12-13 Uhr, Lennéstraße 27.

✉ E-Mail: sprechstunde@fachschaft-politik-soziologie.com

📘 www.facebook.com/politiksoziologie

📘 www.facebook.com/fspolitikbonn

Politicum · Impressum

Das **Politicum** ist die Zeitschrift der Fachschaftsvertretung am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Es erscheint seit dreißig Jahren unregelmäßig, aber immer mal wieder.

Die in den einzelnen Artikeln vertretenen Meinungen spiegeln nicht die Ansichten der Redaktion oder der Fachschaft Politik und Soziologie wider. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge ausschließlich selbst verantwortlich.

REDAKTIONSANSCHRIFT

Fachschaft Politik und Soziologie
Redaktion Politicum

Am Hofgarten 15
D-53113 Bonn

politicum@fachschaft-politik-soziologie.com
fachschaft-politik.com

ERSCHIENEN AM

28. Januar 2015

HERAUSGEBER

Fachschaft Politik und Soziologie

CHEFREDAKTEUR (V.I.S.D.P.)

Niko Oerter

MIT BEITRÄGEN VON

Nicole Brune, Alberto Cassarino, Arne Cremer, Sabrina Dieter, Anna-Lena Gentemann, Chantal Grede, Katharina Hueske, Christian Klatt, Lisa Kugele, Lukas Mengelkamp, Niko Oerter, Felix Rudroff, Hannah Rüdiger, Paulin Sander, Florian Siekmann, Daniel Stich, Jennifer Wilhelm

LAYOUT

Alexander Grantl, Tobias Höller

TITELBILD

Aileen Völlger (© Logos: die jew. Organisationen, © Kartenmaterial: google)

HERZLICHEN DANK AN

Alle Mitarbeiter der im Leitartikel dargestellten Organisationen, die uns mit ihren Anmerkungen und Bildern unterstützt und den Artikel damit ermöglicht haben!

DRUCK

Universitätsdruckerei der Uni Bonn
Auflage: 250

